

# Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengeplante Postzelle oder deren Raum 180 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 270.

Donnerstag, den 18. November 1920.

27. Jahrg.

## Gegen die Gemissenlosigkeit.

Der preussische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Genosse Otto Braun hat allen mit der Volksernährung beschäftigten Instanzen eine Denkschrift über die Ernährungslage zugehen lassen. Sie trifft in dem Augenblick ein, in dem die bürgerliche Reichstagsmehrheit mit dem Minister Dr. Hermes an der Spitze in ungläubiger Gemissenlosigkeit wieder einmal die Augen vor der drohenden Ernährungskatastrophe geschlossen hat. Sie läßt den Karren einfach laufen und begnügt sich damit, ein paar inhaltlose, praktisch ganz gleichgültige Beschlüsse über Erhöhung der Bacherstrafen, Ruchensadverbote und Notwendigkeit besserer Ablieferung zu fassen. Die Braunsche Denkschrift ist ein letzter dringlicher Appell gegen die Gemissenlosigkeit der bürgerlichen Parteien und ihres Ernährungsministers gegenüber der immer mehr steigenden Not und Gefahr.

Die Braunsche Denkschrift geht von dem Grundsatz aus, daß dem dauernden starken Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung sofort mit wirksamen Mitteln entgegen getreten werden muß, da andernfalls der schon jetzt vorhandene Mangel in der Volksernährung sich zur Hungersnot steigern werde. So ist es in der Tat! Trotz der glänzenden Witterung ist die Ernte des Jahres 1920 die bisher schlechteste gewesen, und die Ernte 1921 wird trotz der freien Wirtschaft und trotz allen hohen Anreizpreisen noch kleiner sein. Um die deutschen Menschen überhaupt noch nützlich zu ernähren, muß immer mehr vom Ausland eingekauft werden. Nach unserer Schätzung brauchen wir in diesem Jahre allein an Lebensmitteln vom Auslande für 40 000 bis 50 000 Millionen Mark. „Die diese stets steigende Beträge beschafft werden sollen, ist bei unserer verweifelten Finanzlage unerfindlich“, sagt die Braunsche Denkschrift mit vollem Recht.

Vor der Hungersnot können wir uns nur retten, wenn wir auf dem eigenen Boden mehr erzeugen. Das ist ohne weiteres möglich, wenn dem Boden genug Nährstoffe in Form von Kunstdünger zugeführt werden. „Wenn es aber in unserer Macht liegt, den Boden besser zu düngen und damit die Hungersnot zu bannen, warum geschieht es nicht?“

Als Antwort darauf gibt die Denkschrift eine kurze Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Kunstdüngung. Im Kriege wurden Ammoniak und Kaliumstickstoff ebenso wie die Phosphate in den großen Kriegsfabrikwerken und fast restlos zur Munitionsherstellung verwendet. Seit der Revolution hat die Regierung mit dem größten Nachdruck daran gearbeitet, die Erzeugung für die Landwirtschaft wieder zu erhöhen. Unter Überwindung der größten Schwierigkeiten gelang es — da stockte der Absatz: die Landwirtschaft kaufte den Kunstdünger in dem früheren Umfang nicht mehr ein. Die Gründe dafür waren die außerordentlich gestiegenen Preise, das gewaltig angewachsene Risiko — Kunstdünger muß jetzt wegen der Fabrikations- und Transportverhältnisse viel früher gekauft werden als vor dem Krieg — und der Mangel an den notwendigen Barmitteln. Der Landwirt schreite daher zurück, das Zehnfache des früheren Betriebskapitals aufzuwenden, weil der Ertrag der Ernte letzten Endes immer unsicher bleibt. Die Regierung aber sah dieser Entwicklung tatenlos zu. Kann gegen eine Behörde ein schwererer Vorwurf geschleudert werden als die Worte der Braunschen Denkschrift: „Es fragt sich, ob eine Regierung, die für die Ernährung eines Volkes von mehr als 60 Millionen Menschen zu sorgen hat, auch dann ruhig zusehen darf, wie sich das Verhängnis mit absoluter Sicherheit vollzieht, wenn es möglich ist, in die Speisekammer des Abgrund entgegenrollenden Wagens zu greifen und das Unheil abzuwenden?“

Der Ernährungsminister Dr. Hermes hat ja nun auch einen „Plan“ ausgearbeitet, wie die künstliche Düngung des Bodens verstärkt werden soll. Aber der ist auch danach, Herr Hermes will den jetzt nicht abfertbaren Stickstoffdünger nach dem Ausland verkaufen und die dabei erzieltene Gewinne zur Senkung der Inlandspreise verwenden. Man braucht darauf mit der Braunschen Denkschrift nur zu erwidern: „Mit der Verantwortung, die die Reichsregierung und die Landesregierung bezüglich der Volksernährung tragen, scheint es mir nicht vereinbar, in dem gegenwärtigen Augenblick der höchsten Gefahr, in einer Zeit, in der der deutsche Boden geradezu nach Stickstoff schreit, einen Teil dieses wertvollsten aller Erntesteigerungsmittels an das Ausland abzugeben.“ Außerdem ließe sich der Ertrag der Verkäufe von 1920 erst im nächsten Jahre zur Senkung der Inlandspreise verwenden. Der Erfolg der Operation würde davon abhängen, wieviel künstlicher Dünger nach dem Ausland abgehoben werden kann, bliebe also in jedem Fall sehr unsicher. „Zum Experimentieren ist aber keine Zeit, dagegen spricht vor allem der bittere Ernst der Lage. Notwendig ist, so schnell als möglich, spätestens für die Ernte 1922, einen durchschlagenden und sicheren Erfolg zu erzielen.“

Für diesen Erfolg entwickelt die Braunsche Denkschrift drei Pläne. Nach dem ersten Vorschlag übernimmt das Reich Herstellung und Vertrieb aller Düngemittel. Dann hat es vollkommen freie Hand, sie den Landwirten zur Verfügung zu stellen und mit diesen entsprechende Lieferungsverträge abzuschließen. Aber wenn das auch zweifellos das Ziel sein muß, es darf jetzt nicht einmal eine Woche verloren gehen, selbst nicht mit der Sozialisierung des Düngemittelmarktes.

Deshalb gibt die Denkschrift als zweiten Plan den, daß das Reich zunächst nur den Vertrieb der Düngemittel übernimmt und den Landwirten zwei Drittel des Kaufpreises kreditiert. Der gestundete Betrag wäre dann in Getreide aus der nächstjährigen Ernte zu zahlen. Dabei hat es das Reich in der Hand, durch die Art der Bemessung der Zahlungs- und Lieferungspläne den stärksten Anreiz zur Verwendung von möglichst viel Kunstdünger zu geben. Würde aber auch diese Organisation nicht beliebt, dann könnte das Reich selbst den Preis der Düngemittel auf ein Drittel herabsetzen und zwei Drittel des Preises selber tragen. Wenn dadurch die Einfuhr von auch nur 400 000 Tonnen Getreide erspart wird, macht das Reich dabei noch immer ein glänzendes Geschäft. Die deutsche Volkswirtschaft muß verlangen, daß das Defizit des Reiches, das schon jetzt 67 Milliarden Mark beträgt — rechnermäßig, denn in Wahrheit wird der Fehlbetrag noch größer werden — nicht noch vergrößert wird durch Einfuhr von Getreide aus dem Ausland, das im Inland ebenso gut und weit billiger erzeugt werden kann.

Die Braunsche Denkschrift erläutert diese Gedankengänge im einzelnen durch genaue und klare Rechnungen, die jedem sofort einleuchten, der das große Einmaleins beherrscht. Der Plan des preussischen Landwirtschaftsministers, dem der Kaiser Parteidag der Sozialdemokratie einmütig zugestimmt hat, ist so selbstverständlich, daß man es wirklich nicht begreift, wie die bürgerliche Reichstagsmehrheit und ihr famoser Dr. Hermes in der jüngsten Ernährungsdebatte, diesem unübersehbaren Beispiel höchster parlamentarischer Leichtfertigkeit, mit ein paar Redensarten daran vorbei gehen konnte.

Das arbeitende Volk muß gegen diese unverantwortliche Luderwirtschaft mahnend und drohend seine Stimme erheben; denn tritt erst die Ernährungskatastrophe ein, dann ist unser Schicksal entweder internationales Bettlertum und Sklaventum, wie es Deutschland trägt, oder der russische Bolschewismus. Noch ist es Zeit, das Unglück abzuwenden. Aber es ist wieder einmal fünf Minuten vor zwölf.

## Das sächsische Regierungsproblem.

Der sächsische Wahlausfall hat für den Freistaat Sachsen eine ähnliche Lage geschaffen, wie wir sie schon in verschiedenen Ländern erlebt haben, z. B. in Mecklenburg, Braunschweig, Groß-Thüringen usw. Das Merkmal ist, daß die bürgerliche Rechte und die sozialistische Linke in fast gleicher Stärke in das Parlament einziehen. Eine kleine Gruppe bürgerlicher Demokraten gibt als Mittelpartei hier und dort den Ausschlag; anderwärts fehlt jedes Zünglein an der Waage. Mittelparteien sind überall auf das äußerste erschwert, weil die Mittelparteien verloren, die Extreme rechts und links hingegen gewonnen haben. In den schon erlebten Fällen sind die verschiedenartigsten Wege eingeschlagen worden. Verhältnismäßig die beste Lösung wurde in Braunschweig gefunden. Dort waren die „Unabhängigen“ einflußreich genug, eine Regierungsbildung zusammen mit der Sozialdemokratie nicht abzulehnen. Infolgedessen entstand in Braunschweig eine rein sozialistische Regierung, deren Zustandekommen dadurch erleichtert wurde, daß die beiden sozialistischen Parteien zusammen über eine wenn auch nur schwache Mehrheit verfügten. Infolge der Spaltung der „Unabhängigen“ ist diese Regierungsbildung jetzt allerdings gescheitert, weil zweifelhaft ist, ob die zum Neukommunismus abgeschwenkten Mitglieder der „unabhängigen“ Landtagsfraktion in Braunschweig noch weiter die Regierung stützen oder sich nach dem Mostauer Gebot im Parlament nur durch den wüsten Spektakel betätigen werden. Die arbeitserfreundliche Wirkung des Ueberradikalismus beginnt auch hier sich zu zeigen.

Das Gegenbeispiel zu Braunschweig bildet Mecklenburg. Dort konnten Sozialdemokraten und „Unabhängige“ allein noch keine Regierung bilden, aber unter Hinzunahme von drei oder vier Demokraten war es möglich, eine vollkommen linksgerichtete Regierung in Mecklenburg zu schaffen. Das lehnten jedoch die „Unabhängigen“ ab; sie weigerten sich sogar, einer sozialistisch-demokratischen Regierung gegenüber auch nur wohlwollende Neutralität zu wahren. Die Folge war, daß die Regierung von Mecklenburg in die Hände der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei überging, obwohl diese beiden Parteien zusammen noch nicht einmal die volle Mehrheit im Parlament besaßen.

Vor einer ähnlichen Gefahr hat auch Groß-Thüringen vor wenigen Wochen gestanden. Auch dort war eine Linksregierung nur möglich durch eine Verständigung von den Demokraten bis zu den „Unabhängigen“, wobei nach oben hin eine wohlwollend neutrale Haltung der Neukommunisten erforderlich war. Diese Kombination schien erst an den „Unabhängigen“ scheitern zu wollen, dann, als diese vernünftigerweise nachgaben, an der Engstirnigkeit der Demokraten, die sich nicht vom Wohlwollen der Kommunisten abhängig machen wollten. Aber angesichts der reaktionären Gefahr hat doch noch in letzter Stunde, nachdem schon ein Versuch der Regierungsbildung vergeblich verlaufen war, die Vernunft gesiegt, die Regierungskoalition aus Demokraten, Sozialdemokraten und „Unabhängigen“ liegt im Sattel.

Sachsen hat nun die Wahl, ob es wie Thüringen zu einer Verständigung der Linken oder wie Mecklenburg zu einer reinen Reaktionsregierung gelangen will. Wir glauben, daß hier die Wahl nicht zweifelhaft sein kann. Wer das thüringische Beispiel teils die Verantwortung für das, was dann kommt!

## Die drohende Besetzung des Ruhrgebiets.

Bayrische Gefahrpolitik.

Das Landesorgan der württembergischen Zentrumspartei, „Das deutsche Volksblatt“ in Stuttgart, veröffentlicht einen Artikel, in welchem es erklärt, auf Grund zuverlässiger Mitteilungen aus diplomatischen Kreisen festgestellt zu haben, daß die Entente einmütig beschlossen habe, die im Abkommen von Spaa angebrohte Besetzung des Ruhrgebiets unverzüglich zu provozieren, wenn Bayern auf Nichtlieferung der Militärmaschinen und Beibehaltung der Einwohnerwehren auch weiterhin beharrt. An diesem Beschlusse, dem auch England, Italien und Amerika zugestimmt hätten, sei nicht mehr zu rütteln und auch keine Milderung zu erreichen. Wenn die bayrische Regierung sich heute noch in unverantwortlichem Optimismus wiegen sollte, daß ihre Haltung das Verderben des Reiches nicht herbeiführe, dann möge sie sich einmal bei dem französischen Gesandten in München hierüber erkundigen. Auch könnte sie sich durch bayrische Parlamentarier, die sich guter Beziehungen zu dem französischen Generalattaché erfreuen, unterrichten lassen. Ganz unabweisbar stehe heute die Tatsache fest, daß das Beharren der bayrischen Regierung auf dem bisher eingenommenen Standpunkt zur Besetzung des Ruhrgebiets führen müsse. Die bayrische Argumentation, daß die Besetzung des Ruhrgebiets sowieso kommen werde, daß es sich also gänzlich um eine kleine Hinausschiebung handeln könne, sei eine verwerfliche Gefahrpolitik.

## Millionenschiebung deutscher Fürsten.

Eine sozialdemokratische Interpellation.

Genosse Hermann Müller hat als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Ist es richtig, daß namhafte Kapitalverschiebungen nach dem Ausland stattgefunden haben?

Ist es weiter richtig, daß in Berlin die Aushebung des Bankhauses Cruser stattgefunden und zur vollständigen Beschlagnahme der Akten und Bücher geführt hat?

Ist es ferner richtig, daß hierdurch eine weit ausgedehnte Kapitalflucht nachgewiesen ist, und daß dabei eine große Anzahl Mitglieder adliger und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, gefaßt worden sind?

Was gebekt die Reichsregierung gegen die Beschuldigten zu tun und was hat der Reichsfinanzminister getan, um für das Reich entsprechende Vermögenswerte zu sichern?

Zu dem Gegenstand der Anfrage kann der „Vorwärts“ noch mitteilen: Das Bankhaus Cruser besteht tatsächlich in der Hofstraße, ist aber merkwürdigerweise in keinem Adress- und Telefonbuch zu finden. Offenbar ist der einzige Zweck und Gegenstand seiner Tätigkeit die Kapitalverschiebung nach dem Ausland gewesen, deren Gesamtbetrag sich auf viele hundert Millionen belaufen soll. Zu den Kunden Crusers gehörten in erster Linie fürstliche Häuser und hochadelige Personen, auch eine stattliche Zahl Hohenzollernscher Prinzen und Prinzessinnen. Cruser selbst ist flüchtig.

## Oberschlesiens Autonomie.

Annahme im Reichsrat.

Der Reichsrat nahm Dienstag in seiner öffentlichen Sitzung, die unter dem Vorsitz des Ministers Koch stattfand, den Gesetzentwurf betreffend Oberschlesien einstimmig in der von den Ausschüssen beschlossenen Fassung an, die gegenüber der Regierungsvorlage nur redaktionelle Veränderungen enthalten. Der Berichtserstatter bemerkte dazu: Dem Gesetzentwurf liegt der Gedanke zugrunde, daß alle Mittel, die Aussicht auf Deutschherhaltung Oberschlesiens gewähren können, erschöpft werden müßten. Die Ausschüsse sehen mit der Reichsregierung in dem Entwurf ein solches Mittel.

Der Gesetzentwurf sieht mehrere Absätze zu § 167 der Reichsverfassung vor. Innerhalb zweier Monate nach der Übernahme der Verwaltung durch die deutschen Behörden soll eine Volksabstimmung stattfinden, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll. Dieses ist im Falle der Bejahung unverzüglich zu bilden, ohne daß es eines weiteren Reichsgesetzes bedarf. Zunächst ist eine ober-schlesische Landesversammlung zu wählen nach einer vom Reichspräsidenten zu erlassenden Wahlordnung. Der Reichspräsident ist auch ermächtigt, den Zeitpunkt der Bildung des Landes Oberschlesien im Benehmen mit der ober-schlesischen Landesversammlung zu bestimmen.

Amnestie in Oberschlesien.

Oppe In, 16. November. Die interalliierte Kommission erließ für die im Abstimmungsgebiet wohnenden Personen eine Amnestie. Sie umfaßt allgemeine Vergehen, ferner Vergehen, die im Nationalitätentampfer oder im wirtschaftlichen Kampf der Gesellschaftsklassen begangen sind, schließlich Vergehen gegen die Verordnungen gegen Waffenbesitz und gegen die Bestimmungen über periodische Druckschriften.

## Die polnischen Truppenansammlungen an der Grenze.

Die Nachrichten über große polnische Truppenkonzentrationen an der Reichsgrenze werden nun auch von der Reichsregierung bestätigt. Diese hat vertrauliche Nachrichten empfangen, daß die Polen auf der Linie Vendin-Egenstochau große Truppenmassen konzentrieren. Die Reichsregierung hat daraufhin ihre Botschafter in Paris, London und Rom angewiesen, die dortigen Regierungen von der Nachricht in Kenntnis zu setzen und sie um schnelle Prüfung der Lage zu ersuchen.

## Die Bolschewisten in Sebastopol.

Konstantinopel, 16. November. (Reuter.) Die Bolschewisten nahmen Sebastopol. Wrangel hat als letzter Sebastopol verlassen. Sofort nach der Räumung der Stadt durch die Truppen Wrangels haben sich dort drilliche Sowjets gebildet. Die Einschiffung ging in ordlicher Ordnung vor sich.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Konstantinopel: Nach der Räumung Sebastopols schiffte sich General Wrangel auf einem russischen Kreuzer ein, der auch Truppen an Bord hatte. Drei weitere Transportschiffe mit 20 000 Soldaten und ein Schiff mit verwundeten und unbekannter Bestimmung sind in See gegangen. Die Lage sei jedoch unhaltbar. Viele Offiziere erschossen sich, um der roten Armee nicht in die Hände zu fallen. Man erwarte in Konstantinopel das Eintreffen von 25 000 Flüchtlingen.

## Die Wahlen in Griechenland.

Venzelos völlig unterlegen.

Die Wahlen in Griechenland haben zu einem völligen Umsturz der politischen Verhältnisse geführt. Venzelos, der in den letzten Jahren als Diktator und Handlanger der Entente das Land regierte, ist geschlagen worden. Die letzten Wahlergebnisse verzeichnen als gewählt 118 Venzelisten und 250 Anhänger der Königsparthei. Venzelos und alle Minister mit Ausnahme von zwei sind unterlegen. Weber in Mazedonien noch in M-Griechenland mit Ausnahme von Spiros wurde ein Venzelist gewählt. Rhalis, dem die Kabinettbildung angeboten wurde, lehnte ab. Wahrscheinlich bildet Gunnaris nunmehr ein Kabinett. Die Börse in Athen blieb wegen des Rücktritts der Regierung geschlossen.

Zusammenstöße in Aisien.

M. Rom, 17. November. Der Athener Korrespondent des „Tempo“ dröhrt über Zusammenstöße mit Venzelos-Truppen vor dem Schlosse. Das Militär machte von seinen Schusswaffen Gebrauch; es gab viele Opfer. Die Venzelospartei verlangt die Annulierung der Wahl. Die italienische Presse weint im übrigen Venzelos keine Träne nach. Der „Tempo“ nennt ihn den Helfer Frankreichs und Englands, der kein Recht hatte, (den von ihm vertriebenen König) Konstantin einen Vertreter zu nennen. Leider werde sein Nachfolger wohl dieselbe Politik betreiben, wie Venzelos, und das feindliche Verhältnis gegen Italien werde nicht schwinden. Ein freundlicheres Verhältnis verspricht sich der „Popolo Romano“ von der Rückkehr des Königs Konstantin, die er darum begrüßt.

Die Genfer „Suisse“ meldet, daß nach einer bei der vorliegenden griechischen Kolonie eingetroffenen Athener Depesche sämtliche griechischen Auslandsvertreter abberufen werden sollen. In Genf hielten die Anhänger des Königs Konstantin eine große Freudenversammlung ab.

Venzelos verläßt Griechenland.

„Daily Express“ erfährt, daß Venzelos Vorbereitungen treffe, um sich in einem alliierten Lande niederzulassen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Hausjagung im Breslauer Gewerkschaftshaus.

Das Gewerkschaftshaus in Breslau war am Sonnabend der Schauplatz einer großen Staatsaktion. Auf deutschnationale Denunziation wurde nach einem linksradikalen Spitzplan nach Waffen gehaust. Die Hausjagung war auf eine Aufforderung der Interalliierten Kommission in Breslau durch den Entwarnungs-Kommissar angeordnet worden. Um 12 Uhr mittags erschien ein Polizeikommissar in Begleitung eines Wachmeisters und drei Offizieren der Entente, um den Auftrag auszuführen. Der Leiter des Gewerkschaftshauses, Genosse Rask, empfing die Herren mit der Versicherung, daß ihre Wähe umsonst sein werde, denn das Gewerkschaftshaus besitze keine Waffen. Trotzdem gingen sie ans Werk. Vom Garten und Keller angefangen, wurden bis zum Dachboden hinauf alle Räume peinlich durchsucht, ohne daß natürlich etwas gefunden wurde. Da fiel ihr Blick auf das Konzertpodium des großen Saales, und sie verlangten, daß es geöffnet werde. Genosse Rask versicherte, daß auch dieses keine Waffen besitze, da es aber besetzt ist, erhob er gegen ein Aufreißen des Fußbodens Einspruch, zumal in dem Saal alsbald eine Festlichkeit beginnen sollte. Die Breslauer Arbeiterkraft werde sich möglicherweise eine Beschädigung ihres Hauses nicht ruhig gefallen lassen, und die interalliierten Herren könnten in persönliche Gefahr kommen. Auch der Kommissar äußerte gegen die gewalttätige Beschädigung fester Baulichkeiten seine Bedenken. Die interalliierten Herren bestanden trotzdem auf ihrem Entschluß. Genosse Rask suchte den Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten telephonisch zu erreichen, doch vergeblich. Schließlich erklärte er, daß er nur der Gewalt weichen werde, worauf ihm mit Gewalt gedroht wurde. Man holte nun einen Tischlermeister herbei, der den Fußboden aufreißen mußte. Nun kam für die interalliierten Herren die Zeit, lange Gefächter zu schneiden, denn auch das Kabinett barg natürlich keine Waffen. Sie schauten ziemlich ungläubig drein, und erklärten, sie hätten eine Angelie erhalten. Für den verursachten Schaden wird von der Entente natürlich „Wiedergutmachung“ verlangt. Genosse Rask gab den Herren zuletzt den Rat, bei den deutschnationalen Denunzianten, bei den Studenten und Rittergutsbesitzern der Umgegend nur ebenso genau nachzusehen, dort würden sie schon Waffen finden.

Der Fall zeigt zur Genüge, wie wenig die Entente über die innere Lage Deutschlands unterrichtet ist. Von der Sozialdemokratie geht doch von vornherein fest, daß sie sich nicht auf Verbarbaren lassen wird.

Hölz wieder im Vogtlande.

Im Taubertal in Sachsen ist der Bandenführer Hölz aus Gefangenschaft wieder entflohen. Er verlangte von einem dortigen Fabrikanten die sofortige Aushändigung einer Summe von fünfzigtausend Mark, gab sich jedoch mit einigen tausend Mark zufrieden, die der Fabrikant im Hause hatte. Hölz verpackte darauf im Dunkel der Nacht die er sich...

will er das Geld zur Arrangierung eines neuen Putches im Vogtlande verwenden. Auf die Ergreifung des Hölz ist nach wie vor eine Belohnung von 30 000 Mark ausgesetzt.

Uebersichten im Waldenburger Bergbau.

Ende voriger Woche kam unter Mitwirkung des Ministerialrates Dr. Bodenstein vom Reichsministerium ein Uebersichtenabkommen für den Waldenburger Bergbaubezirk (Niederschlesien) zustande. Hiernach werden die Bergleute dergestalt die Uebersichtenverfahren, daß an den anderen drei Wochentagen zwei Stunden an die Mittagsfrist angehängt werden. Bei dem Verfahren der Uebersichten erhalten die Bergleute die gleiche Zulage wie im Ruhrbezirk. Betriebsraterversammlungen nahmen am Sonntag mit überwältigender Mehrheit — mit 95 gegen 21 Stimmen — das Abkommen an. Vom 17. November ab werden die Uebersichtenverfahren werden.

Kleine politische Nachrichten.

Der Restbestand der preussischen Landesversammlung hat einstimmig beschlossen, dem Haupte den 20. Februar 1921 als Tag der Neuwahlen zum preussischen Landtag vorzuschlagen.

Die Preussische Landesversammlung nahm endgültig den Gesetzesentwurf betreffend die Uebergabe der preussischen Eisenbahnen an das Reich an.

Wie die „Allenstein Zeitung“ zuverlässig erfährt, wurden in der Nacht zum 14. November der deutsche Besizer Friedel und seine Frau in Pielawken bei Soldau das Opfer eines räuberischen Ueberfalles polnischer regulärer Soldaten. Friedel wurde erschossen, die Frau erstochen, die Wohnung ausgeraubt. Die polnischen Behörden taten bisher keinen Schritt zur Ermittlung und Bestrafung.

Die Verhandlungen der litauischen Regierung mit den wehrtrüben Vertretern führten zu einem Uebereinkommen. Die Regierungen versprechen gegenseitig Unterstützung im Kampfe gegen den polnischen Imperialismus.

Das portugiesische Ministerium ist zurückgetreten.

Nach einer Meldung der „Korrespondenz Americana“ aus Lima brach in Peru eine neue Revolution aus. Im Senat bezeichnete der Minister des Innern die Anhänger der jetzigen Regierung als die Urheber der Revolution. Viele hohe Offiziere und Beamte wurden verhaftet.

Oesterreich.

Der Mostauer Spaltplz.

Der Spaltungsbazillus hat nunmehr auch in Oesterreich Erfolg gezeitigt. Die bisherigen Redakteure der Wiener „Arbeiterzeitung“, Dr. Frey und Röhre, die während des Wahlkampfes für die Kommunisten agitiert haben, haben sich für berufen gehalten, eine neue Partei zu gründen. Lebensfähig wird dieser Spaltler nicht werden; den einzigen Nutzen wird auch hier die Reaktion ziehen.

Tschecho-Slowakei.

Deutschfeindliche Kundgebungen.

Die Ereignisse von Eger (Zerstörung des Denkmals Josef II. durch Legionäre) haben weitere Folgen gehabt. Deutschnationale zerstörten dort die tschechische Schule. In Prag führten Tschechen, natürlich auch Legionäre darunter, beide deutsche Theater und requirierten sie für sich; sie erzwangen die Einstellung des Weiterverkaufs der deutschen Zeitung „Bohemia“, schmissen im „Prager Tagblatt“ und in der zwar tschechischen, aber antichauvinistischen „Tribuna“ alles durcheinander und aus dem „Deutschen Haus“ die Statuen hinaus.

Die Schuld an den jüngsten Exzessen und der neuen Aufpeitschung des Chauvinismus auf beiden Seiten liegt klar zutage; sie trifft allein das tschechische Militär, das zum Schrecken der eigenen Regierung wird.

Die Ausschreitungen in Prag, die anfänglich nur als Vergeltungsakte gegen die Exzesse in Eger dargestellt wurden, haben allmählich einen Charakter angenommen, der zu der Verbrennung führt, es handelte sich in Wirklichkeit um einen Putz gegen Masaryk und Benesch, während die ersten Parolen: Rache für Eger und gegen Deutsche und Juden! nur vorgeschoben worden seien, um der Bewegung möglichst viel Zulauf zu sichern. Mittwochabend traten in Prag Gerüchte auf, die von deutschfeindlichen Ausschreitungen in Pilsen melden. Andere Gerüchte besagen, daß in Reichenberg und in Teplitz tschechenfeindliche Krawalle begonnen haben.

Frankreich.

Es kriselt.

Zwischen dem Kriegsminister Lefevre und den übrigen Mitgliedern der Regierung besteht nach dem „Echo de Paris“ kein volles Einvernehmen mehr. Das Blatt fügt hinzu, daß mit einem Wechsel im Kriegsministerium zu rechnen sei, falls Lefevre in der Militärsache unangenehm bleibt. Außerdem bestreite ein Konflikt zwischen der Finanzkommission der Kammer und dem Finanzminister wegen des Budgetgleichgewichts, das sich durch die normalen Einnahmequellen nicht vollständig herstellen läßt. Aus diesem Grunde war bei der letzten Debatte über das Arbeitsprogramm der Kammer vom Budget nicht die Rede gewesen. In einem Schreiben an den Finanzminister legt die Budgetkommission die Gründe dar, die sie veranlassen, um eine Fristverlängerung zum Studium der Budgetvorlage nachzusuchen. Finanzminister Marschal, der im Januar bei den Senatswahlen kandidieren wird, ist nicht zum ersten Male Gegenstand eines Angriffes. Marschal gehört dem Parlament an und möchte sich zum Senator wählen lassen, um seine Stellung gegenüber den parlamentarischen Kreisen zu festigen. Sollte freilich die Budgetdebatte noch vor dem Januar beginnen, so könnte die Stellung des Finanzministers dadurch ernstlich erschüttert werden. Die Frage seiner Nachfolgerschaft würde dann brennend werden.

England.

Reinigungsverhältnisse im Ministerium.

Der „Daily Herald“ meldet: Infolge Reinigungsverhältnissen, die im englischen Kabinett bezüglich des Entwurfs eines Handelsabkommens mit Sowjetrußland herrschen, werden mehrere Minister zurücktreten. Nach der „Daily Mail“ sind Lloyd George, Bonar Law und Horne und die meisten der liberalen Mitglieder für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland, Churchill und Chamberlain dagegen. Letztere verlangen Bürgschaften bezüglich der Bezahlung der russischen Staatsschuld.

Amerika.

Die Wahlen in Kuba.

Die Wahlen in Kuba sind recht ruhig verlaufen. Es werden nur acht Tote und 20 bis 30 Verletzte gemeldet. Das ist für einen Latein-amerikanischen Staat, wenn die Lebensversicherungsgeellschaften die Ausübung des aktiven Wahlrechtes durch ihre Polizien-Inhaber mit ziemlicher Deutlichkeit betrachten, recht wenig, besonders auch deswegen, weil dem unterlegenen Kandidaten Gomez große Geldmittel zur Verfügung standen, jedoch keine Anzeichen von Unregelmäßigkeiten zu sehen waren.

waren. Der neue Präsident Dr. Zayas ist ein Vertreter der intellektuellen Richtung, der auch sein Vorgänger Menocal angehörte. Dieser hat dem Lande eine recht gute Verwaltung gegeben, und man erwartet von seinem Nachfolger das Gleiche.

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 18. November.

Achtung Bürgerchaftsfraktion. Die Fraktionsfraktion findet nicht am Freitag, den 19. ds. Mts., sondern am Freitag, dem 26. November statt.

## Sozialdemokratischer Verein.

In der Mittagsbesprechung am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus sprach Genosse Weiß, Berlin über: „Genf, Moskau und die U. S. B. D.“ Er betonte eingangs seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referats, daß der internationale Gedanke nach verschiedenen Anzeichen der letzten Zeit Fortschritte mache. Die deutsche Sozialdemokratie habe in früheren Jahren stets zielweisend in der Internationale gewirkt. Sie habe auch in Zeiten der Not dem Auslande oft materielle und sonstige Hilfe angedeihen lassen. Der Redner ging dann des näheren auf die Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Genf ein und schilderte die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Frankreich. Während man sich in Genf einig gewesen sei, daß der Sozialismus nur auf dem Wege der Demokratie verwirklicht werden könne, habe man auf dem Kongreß der dritten Internationale in Moskau die schärfste Diktatur gepredigt. Die Tagung in Moskau sei mit großem Brum insofern worden. Mit diesem Aufstand hatte man den Zweck verfolgt, den Delegierten ein glühendes Bild von Rußland zu geben. Die ganzen Aufmachungen waren aber „Potemkinsche Dörfer“. In Wirklichkeit herrsche in Rußland die allerschlimmste Not und das schrecklichste Elend. Genosse Weiß beschäftigte sich dann eingehend mit den Verhältnissen in Rußland. Die Bauern, die 88 Prozent der Bevölkerung ausmachten und in der Mehrzahl weder lesen noch schreiben könnten, wären keine Bolschewisten. Sie kämpften nicht für den Bolschewismus, sondern nur für das ihnen als Eigentum überwiesene Land. Sie unterstützten lediglich darum die Sowjetregierung, weil sie befürchteten, daß, wenn eine andere Regierung ans Ruder käme, ihnen das Land wieder abgenommen würde. Im übrigen hätten sie nicht die geringste Ahnung von dem Ziel der bolschewistischen Bewegung. Die Bauern sorgten lediglich für sich und verweigerten der Stadtbevölkerung die notwendigen Lebensmittel. Moskau könne schon darum nicht der Welt und der Menschheit das Heil bringen, da es dem eigenen Volke keine besseren Verhältnisse, sondern nur Not und Elend beschert habe. Das Beispiel Rußlands zeige, daß man in kurzer Zeit die politischen Verhältnisse umgestalten könne; die Umwälzung und Verbesserung des Wirtschaftslebens erfordere dagegen längere Zeit und sei mit einem Schläge nicht möglich. Die demokratische Republik in Deutschland bilde das Fundament, worauf der wirtschaftliche Aufbau erfolgen müsse. Leider würde dieser Aufbau durch die von den Linksradikalen betriebene Zerspaltung der Arbeiterkraft stark gehemmt. Die dritte Internationale arbeite fortgesetzt an der weiteren Zerspaltung. Nach dem Diktat von Moskau solle nun auch noch die Gewerkschaftsbewegung zertrümmert werden. Das müsse verhindert werden. Die Arbeiterkraft müsse Vertrauen zu ihren alten bewährten Führern haben, die in schweren gefährlichen Zeiten treu zur Arbeiterbewegung gestanden und in Partien kämpften oft große Opfer für ihre Ueberzeugung gebracht hätten. Sie dürfe nicht jenen Leuten nachlaufen, die heute rot schimmerten, innerlich aber noch eben so gelb sind, wie sie es früher waren. Das internationale Kapital habe sich wieder schnell zusammengefunden; in der Arbeiterbewegung müsse dasselbe geschehen. Einiger und fester Zusammenschluß sei die Vorbedingung zu jedem erfolgreichen Kampf. Die Reaktion, die 1918 am Boden lag, trete heute mit einer Fröhlichkeit sondergleichen auf. Eine machtvolle geschlossene Arbeiterbewegung sei heute zur Abwehr dieser Anschläge notwendig erkrankt.

Darauf erkrankten die Genossen Brehmer und Göhrer Bericht vom Bezirksparteitag in Barnemünde. Sie berichteten über die wichtigsten Verhandlungen und besprachen die angenommenen Anträge. Den Höhepunkt der Tagung hatte das Referat des Genossen Stellung über die allgemeine politische Lage gebildet. Welche Referenten wiesen besonders auf die Bedeutung der Presse hin, die mehr als bisher gelesen und verbreitet werden müßte. Im allgemeinen habe der Parteitag einen guten Verlauf genommen. Der neugewählte Bezirksvorstand besteht aus folgenden Personen: Kröger, Rostoff, Brehmer, Rostoff, Engelbrecht, Rostoff, Molinam, Schwerin; Löwig, Lübeck; Woikradt, Lübeck; Gierke, Parchim; Krüger, Hagenow; Brühl, Gültrow; Bartold, Gültrow; Jyl, Wöllner, Neustrelitz; Frau Wilken, Rostoff. In der Aussprache forderte Genosse Blante die Verbreitung des „Volkshoten“ bei der Reichswehr. In die Kaserne kämen nur noch Blätter der Rechtsparteien hinein; den „Volkshoten“ suche man dort vergebens. Hier müsse eingegriffen und Aufklärung unter die Militärliefer der Wehr getragen werden, damit sie in ihrer Unkenntnis nicht der Reaktion Vorhubsdienste leisten. — Genosse Salamon verwies auf die Bestrebungen der Rechtsparteien, die fortgesetzt für die Errichtung eines bürgerlichen Blocks wirkten. Infolge der Zerspaltung der Arbeiterkraft kämen sie ihrem Ziel immer näher. Er schnitt die Frage an: was zu tun sei, wenn die Bürgerlichen eines Tages die Monarchie errichten würden. Die Medienbürger hätten in der Kartoffelfrage mehr die Interessen der Allgemeinheit und nicht die eigenen wahren müssen. Damit war die Aussprache erschöpft. Der Vorschlag des Versammlungsleiters, Genossen Ehlers, dem erweiterten Vorstand Vollmacht zur Anstellung des Genossen Weiß als Parteisekretär zu erteilen, fand ohne Widerspruch Annahme. Vor Eintritt in die Tagesordnung war das Andenken der verstorbenen Genossen Aug. Schwarz und Blante in der üblichen Weise gelehrt worden.

## Ursache und Wirkung

bilden oft sonderbare Kontraste. Wir brachten am Montag folgende harmlose Notiz:

Klaust aus der Eisenbahnzeitung. Wie wir erfahren, wird der politische Leiter der unpolitischen Eisenbahnzeitung Dr. Hägermann, seine heutige Stelle verlassen und in die Redaktion des Kasseler Tageblatts eintreten. Die Ratten verlassen das perforierte Schiff.

Daraufhin beehrt uns die Eisenbahnzeitung mit folgendem Wutanfall:

In eigener Sache. Ueberempfindlich ist man in den letzten sechs Jahren des Krieges und der Revolution gemiß nicht geworden, aber ein so rüpelhafter und niederträchtiger Ton, wie ihn das offizielle Parteiorgan der hiesigen Sozialdemokratie, der „Abder Botschaft“, seit einigen Wochen gegen uns ausschüttet, nimmt selbst in der Symphonie der lärmenden Gassen eine ungewöhnliche Zeit eine einzigartige Stellung ein. Das Gefühl innerlicher Sauberkeit hindert uns derartige Schmutzereien selbst mit der Zange anzufassen. Wir begnügen uns damit, diese systematische Hebe, die nur sehr plump verfaßt das Ziel der schmerzlichen Geschäftschädigung und damit der Profitschädigung der Arbeiter und Angestellten unseres Betriebes verfolgt, vor aller Öffentlichkeit niedergerichtet zu hängen. Mitverantwortlich dafür ist die Sozialdemokratische Partei Lübeck, die eine derartige Presse duldet. Wenn der „Volkshote“ noch etwas von uns wünscht, werden wir ihm vor einem anderen Forum Rede stehen.

Wo der gute Ton zu finden ist, überlassen wir getroßt dem Urtheil anderer Leute.

# Demokratischer Selbstmord.

Die liberalen bürgerlichen Demokraten sind der Agonie verfallen. Ihre Partei befindet sich in voller Auflösung, und diese zu beschleunigen, geben sich die eigenen Parteiangehörigen die größte Mühe. Die paar ehrlichen Demokraten unter ihnen sind in einer nicht beneidenswerten Lage, weil ihnen keine Presse zur Verfügung steht, in der sie ihre Ueberzeugung vertreten können. Dagegen besitzt der ausschlaggebende Teil, der in der Demokratie etwa ebenso zu Hause ist, wie der Eisbär am Äquator, im „General-Anzeiger“ sein Leib- und Magenblatt. Die demokratische Partei muß auch in Lübeck denselben Lebensweg gehen wie überall im Reich; sie zerschellt an der eigenen Unwahrhaftigkeit. Ihre künstliche Zusammenfassung ist ein Revolutionsangstprodukt, dessen Verwesungsprozess mit dem Tage begann, als die Reaktion sah, daß ihre Sterbensstunde noch nicht gekommen war. Wir haben der liberalen demokratischen Bürgerfraktion noch niemals das Vertrauen entgegengebracht, das man gemeinhin einer politischen Körperlichkeit entgegenbringen müßte, und zwar deshalb, weil uns die Persönlichkeiten kein politisch zuverlässiges Vertrauen abstrahlen konnten. Die Lübecker Demokraten haben auch niemals als Partei den ernsthaften Versuch gemacht, sich eine Presse zu verschaffen, in der sie offen die Grundzüge der Demokratie verfechten könnten, obwohl ihnen hier die Gelegenheit nicht ungünstig war. So etwas lag gar nicht in ihrer Absicht. „Unabhängige“ Politik im Generalanzeiger ist dem liberalen Bürgertum geläufiger, das Geschäft viel wichtiger als alles andere.

Die alte schöne Zeit, wo man die überwiegende Mehrheit in der Bürgerfraktion hatte, ist nun dahin und diese möchte man begreiflicherweise gerne wieder besitzen. Mit dem Vorflutern demokratischer Grundzüge ist diese Zeit nicht mehr heranzubringen, weil eben Grundzüge dort Hindernisse finden, wo sich wirtschaftliche Gegensätze aufstürzen. Und diese sind es, die der liberalen Demokratie den Hals brechen. Man glaubt sie zu vermischen, indem man sich „entpolitisiert“ und sich in einem Bürgerbund, der Neuaufgabe des Vaterstädtischen Vereins, vereint. Dort soll jede Interessengruppe ihre Vertretung erhalten. Wer sich etwa einbildet, daß durch diesen Virel ein besserer Ausblick geboten werde, braucht sich nur an frühere Zeiten zu erinnern. Aber diesen idealistischen Zustand will man auf alle Fälle wieder schaffen, muß man schaffen, weil die Verhältnisse dazu zwingen. Die Demokraten werden auf alle Fälle bei den zukünftigen Bürgerfraktionswahlen auf ein paar Mann zusammenkommen. Wer von ihnen kein Mandat behalten will, muß seine Ueberzeugung opfern. Und da finden wir, daß gerade die sich am demokratischsten Gebärdenben diejenigen sind, die ihrer eigenen Partei die seidene Schnur reißen.

In der Mittwochnummer des Gen.-Anz. übernimmt Herr Wape das Senatsamt über seine Partei. Er wendet sich gegen die auch von uns veröffentlichte Entschließung der demokratischen Partei in bezug auf den Bürgerbund und betont, er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Einigkeit des Bürgerbundes auf die Dauer nicht von Bestand sein würde, und daß er deshalb jedes Vorstandsamt abgelehnt habe. Wörtlich macht Herr Wape folgende bezeichnende Ausführungen über die Zerfallenszeit in seiner Partei:

„Vor allen Dingen wünsche ich im Interesse des Bürgerbundes den Vaterstädtischen Verein, der in den letzten Jahren freierlicher ausgestaltet worden war, erhalten zu sehen. Ich will nicht darauf eingehen, wodurch das Weiterbestehen dieses Vereins unmöglich gemacht wurde; nun aber sein Wiederaufbau in zeitgemäßer Umgestaltung anzuregen wurde, habe ich mich diesen Bestrebungen gern angeschlossen. Eine Einheitsfraktion der demokratischen Fraktion in der Bürgerfraktion existiert weder in politischer noch wirtschaftlicher Frage; davon kann man sich fast in jeder Versammlung überzeugen, und da wir uns fast ausschließlich mit kommunalen Fragen zu befassen haben, liegt wahrlich kein Grund vor, nach papierenen politischen Grundzügen die Bürgerfraktionswahlen — soweit das Bürgertum in Betracht kommt — vorzunehmen. Ich kann meine Freunde nur bitten, sich keine Marschroute bei den Bürgerfraktionswahlen vorzeichnen zu lassen — nebenbei bemerkt ist der Beschluß nur von dem ungefähr vierter Teil der Vorstands- und der Fraktionsmitglieder gefaßt worden; denn nur in der Zusammenfassung des gesamten Bürgerbundes ist die Gewähr gegeben, in der Bürgerfraktion wieder in ausschlaggebender Stellung zu gelangen. Also hinein in den Lübecker Bürgerbund!“

Sie ist vollkommen bestürzt, was mir Witzlich in einem längeren Artikel: „Spieker- oder Interessentypik“ eingehend darzulegen haben. Eine Wiederholung erübrigt sich. Wenn schon alle Anhänger des Freitums zu beratenden Schlussfolgerungen kommen, dann muß jede Achtung vor deren demokratischen Prinzipien schwinden. Die Stunde ist also da, von der es schon in der Bibel heißt, daß der Vater gegen den Sohn und der Sohn gegen den Vater stehen werde. Die geistige Stütze des reaktionären Bürgerbundes, für den der Demokrat Wape eintritt, ist von besten Seelenbeichte ganz entzündet. Er gibt den bürgerlichen Fraktionen den höchsten Fußtritt und würde es für bedenklich halten, wenn die Eignung des Bürgerbundes nicht zustande käme. Vollständig auf dem Holzweg aber ist der „Generalanzeiger“, wenn er glaubt, die Linke betrachte in der Zusammenfassung des Bürgerbundes eine Bedrohung. Genau das Gegenteil ist der Fall. Nur im Interesse der politischen Reinheit treten wir für Fraktionsbildung in der Bürgerfraktion ein, und darum, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die wirtschaftlichen Interessen die politischen ganz gewaltig beeinflussen. Beide kollidieren innerhalb der demokratischen Fraktion, und deshalb lacht man sie in dem allgemeinen großen Mißgeschick zu überkleben. Was und wer hinter dem Ganzen steckt, ist bekannt und wenn die Stunde kommt, werden wir mit der Wahrheit nicht hinter dem Berge halten. Bis dahin können wir ruhig den verarmten Zuschauer spielen.

Wilhelm Planthafers letztes Geleit. Der Raum des Krematoriums vermochte die Zahl derer nicht zu fassen, die unserem verstorbenen Genossen die letzte Ehre erweisen wollten. Viele mußten draußen im trübigen Novembertag dem Toten ein letztes Gebeten widmen. Der Satz war überaus reich mit prächtigen Schleifen geschmückt. Nach Harmoniumklängen hielt Genosse W. Bromme die Trauerrede. In warmen Worten gedachte Redner den pädagogischen, künstlerischen, sozialen und politischen Tätigkeit Planthafers, von dem wir noch viel erwartet hatten. Zwar habe ihm sein Beruf und sein Drang nach der Mutter Erde wenig Zeit zur künstlerischen Arbeit gelassen, aber das, was er geschaffen, könne sich sehen lassen und habe ewigen Wert. So schließt und einfach der Verstorbene war, so reich und prächtig wirkten sein Gemüt und Geist auf seine Schüler, die ihren Lehrer nie verzeihen würden. (Die erste und zweite Klasse der 1. Knabenmittelschule hatten sich auch eingefunden). Genosse Bromme hob weiter hervor, daß im Kreise der Parteigenossen sein Rat und Wort stets gern gehört wurde und die Liebe, die er hinterlassen nicht leicht wieder auszufüllen ist. Auch den Dank der Oberbehörde habe er ausgesprochen, die den Namen Planthofer allezeit in Ehren halten wird. Als Zweiter sprach im Namen des Lehrerkollegiums Herr Mittelschullehrer H. H. in herzlichen Worten über das Freundschaftsverhältnis und über das Wirken des Verstorbenen als Lehrer. Er sei allen ein Vorbild gewesen. Seine Unerschrockenheit und sein Pflichtgefühl hätten ihm die Liebe aller gewonnen. Hierauf sprach Genosse G. G. — der Wortführer — im Namen der Bürgerfraktion und Genosse S. S. für den Arbeiterbildungsverein, dessen 2. Vorsitzender der Verstorbene gewesen. Der Lehrerlangenerverein wirkte an der Feier mit. Unter den Kranzpenden fiel eine prächtige Seidenschleife in den neuen Reichsfarben an, die von der Zentrale für Heimatdienst gestiftet war. Schöne Kränze widmeten ferner die Sozialdemokratische Partei, der Arbeiterbildungsverein und die sozialdemokratische Bürgerfraktion. In tiefer Wehmüt und

Trauer um den willensstarken, Charakterfesten Genossen verließen die Teilnehmer das Krematorium. Wilhelm Planthofer war einer von jenen, auf denen die Wohrte Hütens zuträfen:

Mich reut die Stunde, die nicht darnisch trug,  
Mich reut der Tag, der keine Wunden schlug,  
Mich reut, ich sag es mit zerkrüppeltem Sinn,  
Daß ich nicht dreifach kühn gewesen bin!

Friede seiner Ash!

Eine Mitgliedschaft des Volkshundes für Kriegergreiferfürsorge wurde gestern in der Aula des Johanneums gegründet. Die Versammlung war überfüllt. Jeder, der einen teuren Angehörigen in fremder Erde liegen weiß, sollte Mitglied werden. Das Geschäftszimmer befindet sich Königsstraße 19. Dort werden Anmeldungen entgegen genommen.

Geldhöhe Passgebühren für Dänemark. Eine höchst unerfreuliche Nachricht kommt aus Kopenhagen. Mit sofortiger Wirkung haben alle deutschen Reisenden für die Einreise in Dänemark die gleichen Beträge zu entrichten, die von den deutschen Passhallen in Dänemark für die Einreise nach Deutschland von den Dänen erhoben werden, nämlich 64 Kr. gleich 600 Mk. für die einfache Einreise und 82 Kronen gleich 900 Mark für die Durchreise. Bei dieser Vergeltungsmaßnahme ist denn doch zu bedenken, daß 600 und 900 Mk. für einen Deutschen eine weit größere Ausgabe bedeuten als 64 bzw. 82 Kronen für einen Dänen.

Zur Beachtung für Auswanderungswillige. Wie dem Reichswanderungsamt bekannt geworden ist, werden durch Agenten Arbeiter für Kohlenbergwerke in Pernambuco (Brasilien) angeworben. Dieser Staat ist klimatisch und gesundheitlich für einen dauernden Aufenthalt von Deutschen ungeeignet. Die Verbringung ankommender Körperlicher Arbeit zumal in Kohlenbergwerken in diesem Staat muß für Europäer zu bedenklicher Gesundheitsgefährdung führen. Es wird daher den auswanderungswilligen Arbeitern in ihrem eigenen Interesse dringend empfohlen, derartigen Anwerbungen kein Gehör zu schenken.

Gibt Spielsachen für arme Kinder! Die Zentrale für private Fürsorge bittet alle diejenigen, welche noch Spielsachen auf dem Boden oder zu klein gewordene Kleidungsstücke im Schrank haben, herzlich um Ueberlassung dieser Sachen, um armen Kindern damit eine Weihnachtsfreude bereiten zu können.

Die Abteilung Schuhfürsorge, Königsstraße 19, bittet, alle Reparaturen und die Neuanfertigungen abzuholen. Reparaturen sind bis Nr. 3790 und die angefertigten Hauschuhe bis Nr. 800 fertig. — Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste werden Bestellungen auf Hauschuhe bei Stoffausgabe schon jetzt erbeten, um die Sachen rechtzeitig fertigstellen zu können.

K. Der Bunte Ernst-Albert-Abend war auch bei seiner 8. Wiederholung ausverkauft und erfreute das Publikum aufs Beste, so daß es, namentlich im zweiten Teil, nicht aus dem Saal herauskam: Der reizende Einakter: „Der Regenschirm der Minna von Barnhelm“ schildert in humorvoller Weise die Vergnügungen der heutigen Jugend: Tanz, Sport, Rauchen, Dichtkunst. Hell Albert tanzte dabei prächtig, während Eberhard Albert den trockenen Humor zu zeigen verstand. Eine ulkige Schilderung Lübecker Verhältnisse bietet Herr Albert in seinem Rundgang um Lübeck, worin jeder „sein Fett abkriegt“. Zwerghellerschilttern wirkt die Nummer der Affenabstammung. Herr Albert führte uns darin die verschiedenen Typen aus dem Leben vor, die uns zeigen, wie offensichtlich unsere Bewegungen beim Kegeln, Rufen, Floh- und Kleeausgang, beim Raschen, Losen, Niesen sind. Auch die verschiedenen Krachs sind von großer humoristischer Wirkung. Jeder, der sich ein paar fröhliche Stunden bereiten will, veräume nicht, sich diesen Buntten Ernst-Albert-Abend anzusehen.

Stadttheater. Heute Donnerstag wird „Cobetana“ wiederholt. Freitag kommt zum ersten Male „Nibelungen I. Teil“ zur Aufführung. Am Sonnabend findet die Erstaufführung des „Barbiers von Sevilla“ statt.

Travemünde. Bildungsfragen. Der im vorigen Jahre gewählte Ausschuss zur Einrichtung einer Volkshochschule in Travemünde sieht seine Aufgabe als erledigt an, da die Einrichtung in vollem Betriebe ist. Er will nun sein Amt in die Hände der Travemünder Bevölkerung zurücklegen und hat deshalb auf heute, Donnerstag, eine Versammlung einberufen. Da allerlei bildungspolitische Aufgaben hinzu gekommen sind, wie die Wanderbücherei, die Versorgung Travemündes mit Musik und Theater im Winter u. dergl., so soll eine Arbeitsgemeinschaft für Bildungspflege gewählt werden, der sämtliche Aufgaben, die in das bildungspolitische Gebiet fallen, übertragen werden sollen. — Da der in Lübeck von der Lichtspielgemeinde zur Vorführung gelangende Spielplan für Travemünde ganz besonderes Interesse hat, wird er am Freitag, den 19. ds. auf Verabredung der Volkshochschule mit dem hiesigen Kinobesitzer in „Stadt Kiel“ wiederholt. Zu dem Film „Hochseefischerei“ wird auch hier Herr Direktor Blankenburg von der Hochseefischerei-W.G. einen einleitenden Vortrag halten. Auch die anderen Filme: „Schiffdampferfahrt“, „Merlei Meerestiere“, „Gäste des Meeres“ usw. werden in der Travemünder Bevölkerung jedenfalls das sachverständigste Publikum haben.

# Angrenzende Gebiete.

Cutin. Wärmste Anerkennung der Taten eines Kapphelden. Am Sonntag tagte in Cutin eine deutsch-nationale Kreisversammlung. In dem Bericht, den der U. f. d. N. bringt, heißt es u. a.: „Daß dem bewährten Vorkämpfer der deutsch-nationalen Sache, Kreisdirektor Harbers, nach seiner Wiedererhebung in sein Amt nahe gelegt worden sei, sich parteipolitisch vorzulegen. Nach kurzer Aussprache, in der von allen Seiten Herrn Harbers die wärmste Anerkennung für seine der Partei geleisteten großen Dienste ausgesprochen worden war, wurde einstimmig beschlossen, Ermittlungen darüber anzustellen, welches Ansehen die obdenburgische Regierung an Herrn Harbers gestellt habe und dann in schärfster Weise Einspruch gegen das verfassungsmäßig unzulässige Vorgehen der obdenburgischen Regierung zu erheben. — Die Herrschaften fühlen sich immer mehr als die Herren der Situation; sie treten wieder dreister auf. Es genügt ihnen nicht, daß die Kamillen wieder in Amt und Würden eingesetzt sind, nein, man will auch noch einen Vorstoß gegen die obdenburgische Regierung unternehmen. Wie haben sich die Zeiten geändert: damals flohen die Rebellen und vertrieben sich und heute wählen sie bereits wieder gegen die Republik und werden als Helden gefeiert. Die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein, um die neuen Märie der Reaktion zu vereiteln.“

Kreis Herzogtum Lauenburg. Die nächste Kreisversammlung der Vertreter aller Ortsvereine der S. B. D. findet am Sonntag, dem 21. November 1920 vormittags 9 1/2 Uhr im Gasthof „Schuh“ in Büchen statt mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Kassenbericht, Neuwahl des Werbeauschusses. 2. Bericht vom Bezirksparteitag. 3. Bericht der Kreisfraktion. 4. Die Landarbeiterfrage. 5. Allgemeine Werbetätigkeit und weitere Aufgaben der Partei im Kreis. 6. Anträge. 7. Verschiedenes.

Hamburg. Neue Bauprojekte in Hamburger Hafen. Amerikanische und englische Schiffahrtsgesellschaften, u. a. die American-Line, die Cunard-Line und auch die Lunden-Linie, beabsichtigen, sich im Hamburger Hafen eigene Anlagen zu schaffen, zu welchem Zweck sie mit den maßgebenden Behörden in Verbindung getreten sind.

Kiel. Der Zustand auf den Howaldtswerken hat noch nicht beigelegt werden können. Die Direktion der Werke machte einen Einigungsvorschlag, der aber von den Ausständigen als nicht verhandlungsfähig abgelehnt wurde. Sie beschloßen, das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung zu erlangen und die Vertrauensmänner mit der Prüfung der Vorschläge der Direktion zu beauftragen.

Hensburg. Ein Submissionsunterhalt von fast fünf Millionen. Die Erbarbeiten für den Freihafen standen zur Verdingung. Mehr als 80 Angebote waren eingelaufen; die Forderungen gingen weit auseinander. Das zeigt sich aus dem Höchstangebot der „Norddeutschen Tiefbau-Gesellschaft in Berlin“ mit 8 888 000 Mk. und der Mindestforderung der „Arbeitsgemeinschaft Groß-Hamburg“ von 1 474 000 Mk. Es handelt sich um 220 000 Kubikmeter Erdbewegung.

Hagenow. Ein Großfeuer wüthete in dem benachbarten Auhorst. Fünf Gebäude, zwei Wohnungen und drei Scheunen, fielen dem Feuer anheim. Mobilien und Inventar konnte zum Teil gerettet werden, ebenfalls das Vieh. Nur ein Schaf ist mitverbrannt. Die gesamten Erntevorräte wurden vernichtet.

Schwerin. Die medlenburgerische Beamtenschaft erteilt eine Kundgebung, veranlaßt durch das Treiben der Orgel, in der sie sich gegen den Umsturz der Verfassung wendet. Sie betont, eine nichtverfassungsmäßigen Regierung den Dienst zu verweigern, bzw. würde die organisierte Beamtenschaft einer nichtverfassungsmäßigen Regierung gegenüber, falls die Regierung und Verwaltung selbst solange im Besitze der Verfassung übernehmen, bis eine verfassungsmäßige Regierung neugebildet wäre.

# Neueste Nachrichten.

## Ein Liter Milch drei Mark.

II. Berlin, 18. November. In einer Verammlung der Groß-Berliner Molkereibeherrscher wurde eine Entschließung angenommen, in der die Molkereibeherrscher einstimmig erklären, daß sie auf Grund einer einwandfreien Stellung über die derzeitigen Herstellungskosten das Liter Milch nicht unter 3 Mark zu liefern in der Lage seien. Sie erklären weiter, daß sie im Sommer sieben und im Winter sechs Liter pro Kuh und Tag der öffentlichen Bewirtschaftung zuführen wollen. Sollten die zuständigen Behörden sich nicht binnen acht Tagen entschließen die Forderungen anzuerkennen, so bliebe nur übrig zur Selbsthilfe zu greifen.

## Sieben Streikarbeiter totgefahren.

II. Karlsruhe, 18. November. Gestern vormittag kurz nach 8 Uhr wurden zwischen den Stationen Blankenloch und der Blockstelle Bachwald durch den Personenzug 737 sieben Streikarbeiter getötet, zwei schwer und zwei leicht verletzt. Das Unglück hat darin seine Ursache, daß die Arbeiter einem Güterzuge ausweichen wollten und das Gleis des zu gleicher Zeit die Stelle befahrenden Personenzuges betraten.

## Die Entente droht mit der Einstellung der Getreidelieferungen an Oesterreich.

II. Wien, 18. November. Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, hat General Zucari im Namen der interalliierten Kommission des österreichischen Staatssekretärs des Innern, Dr. Mayer, auf das Treiben der Heimatwehren in Tirol aufmerksam gemacht und ihm erklärt, wenn die Heimatwehren nicht abgebaut werden und das große Landesheer nicht abgezogen wird, könnte sich die interalliierte Kommission genötigt sehen, die Getreidelieferungen einzustellen. Der Staatssekretär soll diesen Protest an die Tiroler Landesregierung mit dem Bemerken weitergeleitet haben, daß die deutschösterreichische Staatsregierung wünsche, daß das Schließen unterbleibe.

## Devien wird nicht ausgeliefert.

II. Wien, 18. November. Die von der bayerischen Regierung nachgesuchte Auslieferung des Kommunisten Devien wird nicht erfolgen, da die österreichische Justizbehörde bisher keine Schuld Deviens durch Teilnahme an einem gemeinen Verbrechen hat feststellen können. Wahrscheinlich wird Devien nach Moskau abgehoben werden.

## D'Annunzio pfeift auf den Vertrag von Santa Margherita.

II. Raibach, 18. November. Aus Skutari wird gemeldet, daß D'Annunzio eine Proklamation erlassen habe, in welcher er sagt, daß der Vertrag von Santa Margherita nicht anerkannt werden wird. In der Kundgebung wird die Annexion von Sanak und Skutari, Botte Ro und der Duazeno Inseln verlangt. Devia und Arbe sind nach hier eingelaufenen Meldungen auch schon befreit worden.

## Der Wortlaut des Danziger Vertrages vom Völkerbundrat genehmigt.

II. Genf, 18. November. Der Rat des Völkerbundes hat gestern Abend eine Sitzung abgehalten, die der Danziger Frage gewidmet war. Nach Prüfung der von dem polnischen Delegierten Paderewski und dem Vertreter Danzigs, Dr. Schim, geltend gemachten Punkte hat der Rat des Völkerbundes den endgültigen Wortlaut der Verfassung der freien Stadt Danzig festgesetzt.

## Gründung eines neuen Staatenbundes durch Präsident Harding.

II. Genf, 18. November. Eine aus Philadelphia kommende Meldung besagt, Präsident Harding wolle die Premierminister aller Staaten, einschließlich Deutschland, zur Gründung eines neuen Staatenbundes berufen. Diese Nachricht ist auf der Völkerbundversammlung in Genf ohne Begeisterung gehört worden. Man befürchtet, daß die Gründung eines solchen Konkurrenzunternehmens die internationale Verständigung verzögern wird.

## Das französische Echo.

II. Paris, 18. November. Die Reden, die der Reichskanzler Fehrenbach und Minister Simons in Düsseldorf und Köln gehalten haben, werden von der Pariser Presse wenig freudig kommentiert. Dem Reichskanzler wird zum Vorwurf gemacht, daß er gesagt habe, er würde den Friedensvertrag von Versailles nicht anerkennen, weil Deutschland nicht allein die Schuld an Kriege trage. Die Worte: „Es ist gefährlich, das deutsche Volk zur Verzweiflung zu treiben“ werden als Drohung betrachtet.

## Eine direkte Kabelverbindung von Amerika nach Deutschland.

II. Kopenhagen, 18. November. Die Western-Union-Kabelgesellschaft wird den ganzen Kabelverkehr zwischen Deutschland und den vereinigten Staaten übernehmen. Wie die Gesellschaft mitteilt, besteht der Plan, eine direkte Kabelverbindung nach Deutschland zu legen, die völlig unabhängig von der englischen Kontrolle sein würde.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer.  
Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Heute und folgende Tage:

Persönliches Auftreten des bekannten Afrikaforschers Hans Schomburgk in seiner Filmplauderei „Afrika im Film“  
Außerdem das große Besiprogramm. (9644)  
**Stadthallen-Lichtspiele.**

Für die vielen Aufmerksamkeiten aus Anlaß der Feiertage unserer silbernen Hochzeit sagen allen Nachbarn, Freunden und Bekannten, dem Firmeninhaber, den Angestellten und meinen Mitarbeitern der Fa. Schärle unsern herzlichsten Dank. (9815 August Volgt und Frau.

Am Dienstag morgen entschloß sich nach längerem, schwerem Leiden meine liebe Frau und meiner sechs unmündigen Kinder treuherzige liebevolle Mutter (9843

**Marie Molge,**  
geb. Reinhardt  
im 42. Lebensjahre.  
Ihr lieber Trauer  
**Heinrich Molge**  
und Kinder.  
Beerdigung von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes am Sonntag nachmittag 3 3/4 Uhr.

**Sozialdemokr. Verein.**

Am Dienstag starb unsere Genossin (9842  
**Marie Molge.**  
Ihre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 20. November, nachm. 3 3/4 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.  
Der Vorstand.

**Nachruf.**

Nach längerem Leiden starb unser Kollege, Herr  
**Otto Hardt.**  
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. (9838  
**Deutscher Wertmeister-Berufsverein Lübeck.**

**Schneidergehilfen**

gesucht. (9823  
Eger, Marktstraße 62.

1 leere heizbare Stube für ältere Frau. Angebote u. R N 16 a d. Exp. d. Bl. (9822

Möbl. Zimmer z. verm. (9829  
Steinraderweg 61, II, 2. Tür 1.

Eine g. 50 m lg. Wäscheleine, 1 m. Runderweg-Werdeck u. 1 W. selbe Lederamaschen z. v. Näh. i. d. Exped. (9826

**Schulstaben-Einrichtung**  
u. Küche, neu, v. abzug. (9825)  
Deponat 8.

Kleppschonung, m. Verb. z. v. (9830) Reher, Salauerföhr 2, II

Neue Herrenhose (sehr gute Qualität) billig. (9835)  
Alststraße 3, I.

Zu kaufen gef. ein Spar-Klub-Schrank. Stam. N. d. Ang. m. Nr. unt. B T (9817

Verloren auf Lang. Lohberg 1 Mantel-Gürtel. Abz. g. Bel. (9822) Langer Lohberg 16, v.

Rupper-Reparatur sämtl. Art wird gut, schnell u. billig ausg. Alendornstr. 36, II. (Seis

**Zelle, Lampen, Zeitungspapier, Metalle,** laßt zu den höchsten Preisen. (9812

**J. Lissauer, Schildstr. 5.**  
Kartoffel 10 & 3.30 M.  
Beirfisch 10 & 2.20 M.  
Butter 10 & 2.40 M.  
Ein Post. billige Kartoffeln.  
Heinr. Busch,  
Krügerstraße 34. (9846

**Jugend-Liederbuch**  
Mk. 2.00  
wieder vorrätig.  
Buchhandlung  
Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46. tr.

# Zigarren Zigaretten Tabak!!

Verkauf zu und unter Fabrikpreisen! Schlüsselbuden 32.

an Qualität das Beste!  
im Preise das Billigste!

## Lübecker Handwerkerbund.

Sprechstunden des neu errichteten Handwerkersekretariats (Unterstützung der Mitglieder in der Befähigung von schwierigen Schriftsätzen an Behörden und Private, Steuerreklamationen, gewerblich. Auskunft usw.) jeden Montag, Mittwoch, Freitag von 6-8 Uhr in der Geschäftsstelle, Breite Straße 40, I. (9818

## Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

### Vertammlung sämtlicher Öbiente

am Freitag, dem 19. November abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung wird in der Vertammlung bekannt gegeben.  
Die Ortsverwaltung.

## Der Neue-Welt-Kalender für 1921

ist in bekannter guter Ausführung erschienen.

Preis Mk. 2.25.

Buchhandlung  
Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

## St. Mariengemeinde.

Für die Errichtung eines würdigen Gedächtnismales in der St. Marienkirche zu Ehren der 260 Gemeindeglieder, die ihr Leben im Weltkrieg fürs Vaterland opfereten, werden freiwillige Gaben erbeten.

Die Bitte richtet sich an alle Glieder unserer St. Mariengemeinde, aber auch an alle andern, die für unser schönes Gotteshaus etwas übrig haben. (9808

Gaben nehmen die Geistlichen und die übrigen Mitglieder des Kirchenvorstandes entgegen, ebenso die Bank für Handel und Gewerbe auf Konto: Ehrenmal in St. Marien.  
Der Vorstand der St. Mariengemeinde.  
W. Dahms, Vorsitzend. Hauptpastor Denker.

## Leset die Arbeiter-Jugend

Jugend der Arbeiterschaft, rafft dich aus Deiner Gleichgültigkeit auf, abonniere auf die Zeitschrift der Jugend! Sie vertritt Deine Interessen, bringt anregende Artikel aus allen Gebieten des Wissens und der Jugendbewegung, ist reich illustriert. Sie ist die größte und verbreitetste Jugendzeitschrift, erscheint zweimal monatlich, der Bezugspreis beträgt 3.- Mk. vierteljährlich, einzeln 60 Pfg. Zu bestellen bei allen Postämtern, Parteibuchhandlungen oder direkt beim Verlag der

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.  
Lindenstraße 3.

## Zeitgemäße Broschüre.

In unserem Verlage ist erschienen:

### Die Weisen von Zion. Das Buch der Fälschungen.

In den Tag gebracht von Otto Friedrich.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:  
Der wiederauferstandene Gödiche. — Der Jarensteigel. — Die verräterischen Knöpfe. — Der internationale Hochkapler als Schwurzeuge. — Jüdische und Diktatorsmoral. — Märchen eines antisemitischen Bogers. — Das gelobte Land in Ungarn und Galizien. — Die erdolchte Front. — Der verleumdete Bebel. — Die libanesischen Eisenbahnen. — Brimel. — Des Räters Lösung.

Preis 1.20 Mk. Preis 1.20 Mk.

Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Friedr. Meyer & Co.,  
Lübeck, Johannisstraße 46.

## Teilzahlung

Uhren, Photoartikel, Musik-Instrumente, Schmuckwaren, Bücher, Gramophone, Lederwaren.  
Kataloge umsonst und portofrei liefern  
Jonass & Co., Berlin A. 395  
Beile-Alliance-Straße 7-10.

## Weihnachten 1920!

Christbaumzweige wird in diesem Jahre teuer! Sie sparen 100 % bei direktem Bezug von der Fabrik. Wein Gold- u. Silber-Sortiment (9828

## enthält 72 herrliche Muster

Ausnahmepreis Mk. 30,10 franko gegen Nachnahme. Garantie für unbeschädigte und rechtzeitige Ankunft.  
H. Rohling,  
Fabrikation von Christbaumzweigen  
Münster i. W. Bismarck (61)

## Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (9806

## Otto Albers

Markt 4 Kohlm. 10  
Mgl. d. R. Spard. Cubeca

## Empfehle:

Maizgrieß (gelb)	2.80
Pa. weißer Grieß	5.40
Pa. Sago	4.50
Buchweizengrüße	5.50
Mudeln	3.60
Marmelade	2.00
Prima Sauertohl	0.75

## Paul Ove

W. Säfte Nachlg.  
Warendorfstraße 25.

## Wer zahlt die höchsten Preise für Brillant, r. latin, Vrennstift, alle Geb. (auch (9809) Gold u. Silber (auch Bruch)?

Will Westföhlung. 32  
Höfströße

## Zur Mühle

Bedergrube 61. (9806

la. Bruchreis	4.50
Gerstengrüße	4.80
Graupen	4.90
Maizgrieß (gelb)	2.61
Grieß (weiß)	5.50
Sago (weiß)	4.50

## Empfehle grüne fetter Gaferrn-Gänge

Rud. Jäde,  
9841) Bedergrube 70.

## Waisenhof Tanz.

Freitag und Sonntag:  
Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter  
Zahlstelle Lübeck.

### Einladung zum Stiftungs-Fest

am Sonntag, dem 20. November 1920, im Gewerkschaftshaus.  
Anfang 6 Uhr. (9802) Das Komitee.

## Billige Volkstage

### Nielsens Panoptikum

Deutschlands größtes wanderndes Wachs-kabinett  
Nur kurze Zeit hier, schrägüber vom Bahnhof.  
Von heute an (9814  
billige Preise.  
1.- Mark,  
anatomische Abteilung 1.- Mark.

## Das Gastwirtschafts-Inventar in der Hansa-Halle

bei der Hansabrauerei, Finkenburger Allee (Straßenbahn 3 und 10), soll durch die Unterzeichneten „freihändig“ oder „meistbietend“ nach eigenem Ermessen verkauft werden und zwar nach aufgestellten ganzen oder kleineren Losen.

Der Verkauf ist auf Sonntag, den 20., vormittags 11 Uhr, angesetzt.  
Die Besichtigung und Abgabe von schriftlichen Kaufanträgen nebst Sicherheitleistung kann von 9 Uhr an Ort und Stelle geschehen.

- 1 Gaststube-Schänkschrank mit Tonbank, Bierleitungen und Zubehör.
- 1 Saal-Schänkschrank mit sehr langer Tonbank, Bierleitung, Spülkasten usw.
- 1 Essofa, 3 Eichen-Wirtschaftssofas, 2 Divans, alle mit Mofettepöfisch.
- 1 großer ovaler 230x165 Stammtisch, bez. Beratungstisch.
- 18 kleinere und 22 größere = 40 Stück Wirtschaftstische, 3. L. m. Mah. Platten.
- 136 gleiche starke Stühle mit Patensitzen.
- 6 + 16 + 46 = 68 Wiener Stühle mit Rohrstütz in 3 verschiedenen Sorten.
- 12 Bockstühle mit Holzstütz.
- 46 verschiedene, 3. L. mit u. ohne Sitz beschädigte Wiener Stühle.
- 1 sehr guter, langer Küchen-Auszugsstisch, einfache Tische.
- 1 Tonbank-Glastische für Speisen und 1 bessere Mittel-Brogmaschine.
- 4 größere eiserne und 11 runde eiserne Gartentische.
- etwa 150 eiserne Klapp-Gartentische.
- 2 Satz Kegel und Kugel.

Weitere Auskünfte erteilt der beedigte Auktionator H. E. Koch, Kirchenstraße 3a, und Sohn Hans Koch, Auktionator, Marlesgrube 9-11, beedigte Tagatoren für bewegliche Gegenstände.

## H. E. Koch Möbelhäuser

Telephon-Anruf 1050. (9831

## Senking Herde

die Qualitätsmarke. (9805  
**Adolf Borgfeldt,**  
Mühlenstr. 36-44. Tel. 672.

## Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an  
Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegerhinterbliebenen Berlin, Oststr. 106  
Wir weisen nochmals auf die am Freitag, d. 19. Nov., abds. 7 1/2 Uhr, in den Zentralhallen stattfindende Mitglieder-Versammlung hin. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich. (9827) Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

### Mitglieder-Versammlung

am Freitag, d. 19. Nov., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Bericht von der Städtekonferenz am 6. Novbr. in Berlin.  
2. Stand der Lohnbewegung.  
3. Bericht vom Ortsauschuß.  
4. Bericht des. (9828) Die Ortsverwaltung.

## Zentralverbd. der Hausangestellten

Die Mitgliederversammlung findet nicht heute, sondern Donnerstag, dem 25. November, statt. (9834) Der Vorstand.

## Die führende Bar

in der Fledermaus ab 8 Uhr geöffnet.

## Secretz.

Sonntag, den 20. Novbr., 8 Uhr, niederb. Theater-Abend im Rotale des Herrn Emil Gortts.

## „Kramer Kray“

Niederb. Komödie in fünf Akten v. G. Hoffdorf. Aufführung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt a Person 8.00 Mk. Theater-Gesellschaft (9811) „Sand-Sachs“.

## Fledermaus

8 Uhr (9824

## G. Grunathos

akrobatische Neuheiten, sowie weitere 7 Attraktionen Humor-Tanz-Stimmung.

## Hansa-Theater

Heute 7 1/2. (9816) Zum letzten Male: Der erste Siebe goldne Zeit. Operette in 3 Akten v. Gilbert

## Freitag (im Ab. Serie 11)

son. Sonntag u. Sonntag verlängertes Gastspiel v. Trude Bornholt im „Dreimäderlhaus“.

## Stadttheater Lübeck.

Donnerst.: Buchst. C (nicht B) u. S. B. i. O. M. Lubetanz. 7.30  
Freit.: Dit. C u. S. Bort. i. S. M. Nibelungen I. 7 Uhr.  
Sonntag: B. C u. S. Bort. i. O. M. Barbier von Sevilla 7.30 Uhr. (9821

## Beginnender Gesundungsprozess.

Vor einigen Tagen hat die in ihrer Mehrzahl aus „Anabhängigen“ bestehende Berliner Gewerkschaftskommission den Beschluß gefaßt, sich auf den Boden der vom Betriebsräte Kongreß beschlossenen Betriebsrätezentrale zu stellen. Dieser Beschluß bedeutet zugleich eine glatte Abgabe an die selbständige Betriebsräteorganisation in der Münzstraße, die noch vor gar nicht allzu langer Zeit trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zu den Gewerkschaften von diesen die Kleinigkeit von 100 000 Mark zur Finanzierung der Aktionen gegen die Gewerkschaften forderte. Er ist umso mehr zu begrüßen, als er gerade in dem radikalen Berlin gefaßt wurde, in dem alle jene Pläne ausgeheckt werden, die auf eine Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung hinauslaufen. Wir begrüßen ihn freudig als den ersten Schritt zur Gesundung der Arbeiterbewegung selbst. Wie notwendig es ist, gerade mit den Münzstraßen-Leuten zu brechen, hat recht deutlich die am letzten Sonntag von ihnen einberufene Betriebsräteversammlung in Berlin bewiesen, die zu einer wüsten Raßbalgerei der radikalen Elemente ausartete und dem deutschen Spießbürger wieder einmal den Beweis lieferte, wie sehr die Arbeiterschaft mit sich zu tun hat und wie wenig er von ihr zu fürchten braucht. Dem denkenden deutschen Arbeiter steigt ob dieses Treibens die Bornesröde ins Gesicht, weil er erkennt, daß diese Leute nicht nur seine Lage gegenüber dem Bürgertum von Tag zu Tag mehr untergraben, sondern weil sie auch nichts unterlassen, um das Ansehen der deutschen Arbeiterschaft in der ganzen Welt herabzusetzen. Wir haben immer wieder unsere Parteigenossen zum entschlossenen Kampf gegen diese Art von Betriebsräten aufgefordert, deren Höchstleistung im Vortrage revolutionärer Praefen liegt, die aber vom praktischen Leben und von den in der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage gegebenen Möglichkeiten keine Ahnung haben. Wir sind wegen dieser Kampfanlage nicht zuletzt von den „Anabhängigen“, und so lange sie einig waren, auch von den jetzigen Rechts-„Anhängigen“, heftig befehdet und als „Veräutert“ der Arbeiterschaft beschimpft worden. Der erwähnte Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission zeigt uns, wie recht wir hatten, und wie falsch die Arbeiterschaft beraten war, soweit sie sich an den Aktionen der selbständigen Betriebsräteorganisation beteiligte. Wir hoffen, daß das Berliner Beispiel Schule machen wird, und daß man im ganzen Reiche die Schädlichkeit dieser Gewerkschaftsperfidität erkennt.

Zu dieser Hoffnung ist man umso mehr berechtigt, als man erfährt, daß der Redakteur des Verbandsorgans der Angestellten, Paul Lange, unlängst auf einer Konferenz in Bremen erklärte, daß er gegen die Moskauer Thesen nunmehr energisch Front machen werde, und das derselbe jetzt aus der Kommunistischen Partei eben wegen ihrer die Gewerkschaften zerstörenden Tendenz ausgetreten ist. Paul Lange war immer ein eifriger Verfechter der Moskauer Lehren und hat alles getan, um sie durch das ihm anvertraute Organ in die Massen zu schleudern. Seine Befehdung zeigt, daß allmählich die Ernüchterung auch bei jenen eintritt, die bisher alle, die nicht der K. P. D. angehörten, als „Arbeiterverräter“ und „Kleinbürger“ verschrien.

Wenn dieser noch in dem Anfangsstadium stehende Gesundungsprozess weitere Fortschritte macht, dann braucht uns um die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht bange zu sein. Dann wird sie, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft die Macht sein, die in der Lage ist, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft nachdrücklich und mit Erfolg zu vertreten.

## Stimmen aus Sowjet-Rußland.

II.

Ueber die Hauptursache des beispiellosen Niederganges der russischen Wirtschaft seit der Bolschewistenherrschaft, gehen die Meinungen auseinander. Der im vorigen Artikel (Nr. 268 des „Lüb. Volksb.“) erwähnte deutsche Arbeiter sieht sie in der planlosen und überfüllten „Sozialisierung“. Er verweist auf einige Beispiele, die er selbst erlebt hat. Während seiner Anwesenheit in der Stadt Ufa, weit im Osten, wurde dieser Ort von den Roten Truppen besetzt. In der Stadt herrschte Typhus. Die Wohnungsnot war groß. Die Rote Armee be-

schlagnahmte viele Wohnungen, deren Inhaber mitten im Winter bei fürchterlicher Kälte einfach an die Luft gesetzt wurden. Dann ging es an das „Sozialisieren“. Man fing damit beim — Schlachtgewerbe an. Es erging eine Verordnung, nach welcher sämtliche „Privatschlachter“ schließen mußten. Sodann beschlagnahmte man eine Schlachtereier, deren Besitzer, ein Rutscher, gestohlen war. Man stellte 16 Gefellen ein. Als sie mit der Arbeit beginnen wollten, stellte es sich heraus, das umfangreiche Reparaturen notwendig waren. In die anderen Betriebe konnte man nicht zurück, denn hier hatte man alle Einrichtungen bereits herausgenommen. Nun arbeiteten in dem Hause, wo für Ufa geschlacht werden sollte, erst einmal 4 Wochen lang Maurer, Glaser und Schlosser. Als nach diesem kleinen Zwischenfalle Ufa, das, wie erwähnt, vom Typhus heimgesucht worden war, endlich wieder mit Fleisch versorgt werden sollte, machte sich eine weitere Folge der bolschewistischen Befehle geltend: es war kein Vieh aufzutreiben. Schließlich fing man aber doch mit Schlachten an, nachdem man neben den 16 produktiven Arbeitern über 50 Beamte eingestellt hatte. Die Preise für die Produkte stiegen dann auch sofort um rund 100 Prozent.

Auch über das Schicksal der Eisenbahnwerkstätte in Orenburg, die dreitausend Arbeiter beschäftigten konnte, weiß der deutsche Arbeiter zu erzählen. Diese Werkstätte wurde, wahrscheinlich weil sich die Bolschewisten in Orenburg nicht sicher fühlten, von allen Maschinen und Eisenbeständen entblößt. Die Metalle wurden auf Wagen geladen und sind schließlich verschleppt worden. Eine Orenburger Maschinenfabrik, in der der deutsche Arbeiter selbst arbeitete, war gut geleitet und bot den Arbeitern guten Verdienst. Es waren 19 Formner, die bis 1000 Rub Gul pro Woche lieferten. (Ein Rub gleich 32 Pfund.) Die Fabrik war gut beschäftigt. Im Juni 1919 kamen die „Nolen“ nach Orenburg und stellten alsbald alles „auf eine andere Grundlage“. Die Betriebsleitung wurde mit Arbeitern besetzt, die sich in den letzten Tagen durch sehr bunte Reden hervorgeraten hatten: die alte Betriebsleitung wurde abgesetzt, mehrere ihrer angehörige Personen verschwanden. In der Formerei wurde der Betrieb mit 39 Formnern wieder aufgenommen. Auf eine solche Zahl von Arbeitern war diese Abteilung nicht eingerichtet, und die Hälfte der Leute war durch den Platzmangel an der Arbeit gehindert. Eine Fabrikversammlung jagte die andere, und die laufend Rub Gul, die früher 19 Formner in einer Woche herstellten, brachten jetzt die 39 Mann in der dreifachen Zeit kaum heraus. War vorher ein Rub Gul auf einen Kostenfuß von 60 Rubel gekommen, so kostete jetzt das Rub über 600 Rubel, denn in der Modelliererei und anderen Zweigbetrieben hatten sich die Verhältnisse im gleichen Maße verschlechtert. Katastrophal wirkte das Verschwinden von vielem Handwerkszeug und vielen Maschinen. Es herrschte keine Ordnung und Aufsicht mehr und die unlauteren Elemente in der Arbeiterschaft und unter den neuen Beamten konnten verschleppen, was nicht nötig und nagelegt war. Es dauerte nicht lange, bis auch diese Fabrik stillstand.

Nun machte sich unser Gewährsmann auf die Reise, um wenn möglich nach Deutschland zu kommen. Er erzählt: Ich besuchte noch ein paar umliegende Dörfer, in denen ich gut bekannt war. Auch die Lage der Bauern war nicht rosig. Es waren schon damals Teile des Großgrundbesitzes in jener Gegend unter die Bauern verteilt worden. Aber was nützt den Bauern das Land? Die bolschewistische „Ordnung“, der sie dieses Land verbannten, hatte sie aller Möglichkeit beraubt, das Land zu nutzen. Durch fortwährende Requisitionen (gegen papierne Quittungen) an Zugvieh, Wagen und Saatgetreide hatte man die landwirtschaftlichen Betriebe beinahe so weit gebracht, wie die Fabriken in den Städten: an den Rand der Unfähigkeit zur Produktion. Was hatte man mit der „Verteilung“ des Großgrundbesitzes erreicht? Daß die Gebiete, auf denen früher Millionen Rub Getreide produziert worden waren, brach lagen.“ Wie weit es damals schon in dem verhältnismäßig reichen Osten Russlands gekommen war, erlebte man daraus, daß kurz vor der Abreise des deutschen Arbeiters ein Befehl an die Sowjet-Truppen erging, daß der ländlichen Bevölkerung auf je 5 Personen mindestens eine Kuh beschaffen werden müsse.

Ueber das Eisenbahnwesen läßt sich der deutsche Arbeiter folgendermaßen aus: „Daß im Eisenbahnwesen manches im Argen liegen würde, hätte ich voraus sehen können, nachdem ich an dem

Beispiel in Orenburg gesehen hatte, wie man mit den Eisenbahnwerkstätten verfuhr. Aber was ich unterwegs beobachtete, spottet doch jeder Beschreibung. Wenn man in die Nähe einer großen Station kam, wurde man auf die „Eisenbahnfriedhöfe“ aufmerksam gemacht. Dies waren riesige Ansammlungen von unbrauchbarem Eisenbahnmateriale, Lokomotiven und Wagen, die weite Strecken bedeckten. Ein deutscher Techniker, dem man ein Urteil zutrauen konnte, schätzte, daß von den früheren 60 000 Maschinen noch 4—5000 liefen!“

Auf der Reise stieß die Verpflegung auf die größten Schwierigkeiten. Je weiter man nach Westen kam, desto schwerer wurde es, Lebensmittel von den Bauern zu bekommen. War man nahe bei Moskau, so gelang es nur noch, Lebensmittel im Austausch gegen Tee, Zucker, Salz, Wäsche oder Kleider zu bekommen; denn hier hatte der russische Bauer eingesehen, daß ihm Geld nichts mehr nützen kann. Leicht gab es selbst für den Bahnbetrieb keine Kohlen, so daß die Maschinen mit Holz gefeuert werden mußten. Kein Wunder, daß die Züge häufig aus Mangel an Dampf auf der Strecke liegen blieben. Die meisten zweigleisig angelegten Strecken waren nur noch eingleisig; das Material des zweiten Gleises war zur Ausbesserung des Betriebsgleises verwendet worden. Von Samara in der Richtung auf Moskau hörte ich über- haupt jedes Leben an. Wenn nicht hier und da auf einer Station ein paar zerlumpte Bettler am Zuge erschienen wären, hätte man annehmen können, daß in diesen Distrikten überhaupt keine Menschen mehr lebten. Im Vergleich mit diesem Elend war der deutsche Arbeiter von den Zuständen der Bahn Moskau-Eiland einigermaßen überrascht. Es ist allerdings die Strecke, die von den „Westeuropäern“ benutzt wird, wenn sie nach Moskau reisen, um sich die bolschewistischen Herrlichkeiten zeigen zu lassen.

## Mus dem Freistaat Lübed.

Donnerstag, 18. November.

### Hausbesitzerklagen.

Gegen unseren Artikel: „Die ersten Interessierten“, erhalten wir von Malermeister Schaller eine Zuschrift, die voll bekräftigt, daß wir ins Schwarze getroffen haben. Der Einleger verurteilt unsere Feststellung, daß im Neuen Haus- und Grundbesitzersverein keine Stimmung für den Bürgerbund gemacht wird und daß man nicht Sozialdemokraten für diese Gesellschaft zu favorisieren, als Recht zu bezeichnen. Er wendet gegen die so notwendigen, als Recht zu bezeichnen. Er wendet gegen die so notwendigen, als Recht zu bezeichnen. Er wendet gegen die so notwendigen, als Recht zu bezeichnen.

„heute schon mit dem in der Bildung begriffenen Bürgerbund in Verbindung zu bringen sei noch verfrüht, da die Konstitution, Zweck und Ziele des letzteren ja noch nicht überblicklich seien. Sollen sich (über Erwarten) eine Pils finden, auf der der Zusammenschluß des gesamten Bürgertums eintritt, aller Instanzender Reinen Hausbesitzer, Handwerker, Krämer u. dgl. sich er-möglichen ließe, um eine Zentralisierung der Bürgerchaft herbeizuführen und dieselbe mit Fachmännern zu versehen, so wäre eine Auffassung von Kandidaten des Vereins, unbeschadet der Zugehörigkeit derselben zu irgend einer politischen Partei, für die Verwirklichung des Bürgerbundes, vielleicht diskutabel.“

Nach diesen Andeutungen haben wir den Interessenpolitiker, wie er im Buche steht. Ihm ist es gleichgültig, ob der Bürgerchaftskandidat eine politische Hebergewinn besitzt oder nicht, die Hauptsache ist, daß der Hausbesitzer seine Rechte behält. Erst am Montag sagte ein Demokrat in der Bürgerchaft, daß der Staatsgedanke auch ein Aufgeben der individuellen Rechte erfordere. Was hier in idealer Hinsicht gesagt, gilt auch in materieller. Der Staatsgedanke verlangt von dem einzelnen im Interesse der Gesamtheit die Zurückstellung von Sonderinteressen. Und es ist unbedingt notwendig, daß dieser Pflicht bewußt sein, auch für den Hausbesitzer. Dessen Interesse wird auf die Dauer durch die gesetzlichen Maßnahmen besser geschützt als durch

## Maria Hendrina von Goch.

Novelle von Louise Schulze-Brüd.

12. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Die kleine Kajüte blinkte im höchsten Glanz. Auf dem festlichen Kaffeetisch lag eine schöne gestickte Decke, ein Topf mit Alpenrosen stand darauf zwischen viel Kuchen und kleinem Gebäck. Erwartungsvoll ging Hendrina mit Hildegard zum Bahnhof. Hildegard war verzerrt.

„Heut' brauch' je auch net grad zu komme. Heut' wollte mer ja noch Nadeffem uffs Eis gehe. So ä Schone Fischahn is do. Wer weiß, wie lang die Herrlichkeit dauert. M' Babba dut bei de ganze Dag schon die linke groß' Zeh weh. Do gib's immer anner Wetter.“

Hendrina schrat zusammen. Anderes Wetter! Taumeter. Dann ging das Rheineis auf, und das Schiff fuhr hinauf nach Mannheims. Dann war alles vorbei. Wenn sie zurückkam, an Bingen vorüber, dann war das alles wie ein Traum. Was war nie gewesen. Dann sah sie wieder in ihrem kleinen Hause in Goch am Fenster hinter dem Heiß gestärkten Vorhängen und häßliche Spiken, und die Base las im „Gaffine“.

„Na, erschrede brauchste dich net.“ Die Hildegard lachte. „Es kann auch noch kälter werde. Dann hott der Babba es auch in der Zeh. Un' s is grad, als ob's noch kälter werde wollt!“ Sie schnoberte mit dem spiken Mäuschen in die kalte Luft. Wahrhaftig es war, als sollte es noch kälter werden. Die Berce drüben waren ganz rosig in dem feinen Kältehauch, durch den die Sonne leuchtend blühte. — der Atem war wie eine bläuliche Wolke. Hildegard blies in die Luft.

„Stehste! Wie kalt es is? Gud emol die Telearapfedräh. Ganz hid weiß in se vor Frost. Zwelf Grad Kälte. No, die Tante Sett, die kriert net. Die hält der Sped warm.“

Sie lachte hell, während sie doch heimlich schäufend ihre Nase ansah. Wer doch auch so aussehe wie die Hendrina. Sie schielte nach ihrem Mäuschen. Das war sicher wieder ganz rot. Und die Hendrina, die war weiß wie Schnee. „Weiß wie Schnee, rot wie Blut“, hette der Thorschte geklammert gesagt. Eine Haut hette sie wie eine Wachsuppne. In den Schläfen liefen zarte blaue Nadeln. Ob wohl der Beert sehr verliebt in sie war? Sie machte sich fächerlich nicht viel aus ihm. Hildegard konnte das gar nicht begreifen. Sie kühlte, wie ihr Herz klopfte, wenn sie den Beert nur ansah. Und gestern abend, als sie mit ihm geknast hette, — ach, sie hätte immer so fortzungen wollen, — die ganze Nacht, und dann auf dem Heimweg, wenn sie allein waren, ihr Herzen und

klaffen und gar nicht mehr loslassen. Das heiße Blut flog ihr zu Kopfe, trotz der Kälte. Jörnig riß sie an ihrem Tuch: „Dumm Zeu!“

Hendrina sah sie erstaunt an. „Was hast du nur?“ Angeblich mit kleinen Schritten lief die Hildegard neben ihr. „O du! Du bist eine! Du gehst du neuen einem und dußt, als wenn du die Wasserche triewe kennst. Un' schändig Gesicht machste wie ä Heiligebildche. Un' hast es faulstich hinneren Ohre! Den Thorschte hachte verklebt gemacht, un' der Beert, den hält du der warm! Ich hamwe es gut genug gefehe gesehen amend. Immer, wenn der Thorschte ä Danz mit der getandant hot, dann hot auch der Beert den danach gehott! Mer hamwe's all gefehe! Un' der Beert der is auch so dumm, der hot auch se net fehe wolle, sie hamwe ä Beert vor de Mäge.“ Sie weinte fast.

Hendrina sah sie erstaunt und erschrocken an. „Aber ich hab' das ja nicht gewollt mit dem Tanzen. Das hat doch der Beert so gewollt. Ich konnt' doch nicht anders.“

Hildegard kloppte zornig auf den hartackroenen Boden: „Stehste! 's is so wie ich sag!' Zu dumm sin die Mannseut! Die Tante Sette sagt auch immer „Mannseut sin nur halwe Menschche!“

Hendrina verstand sie nicht. „Set doch net so dumm! Stehste denn gar net, was um dich erum kaffert! Der Beert, so ä schoneer Mensch, der kennt jede kriegel! He Prinsessin kennt der kriegel! Un' do will er vun keiner was misse, un —“

Sie brach kurz ab. „Komm, da timmt schon der Zug.“ Sie lachte doch schon wieder leichtsinnig. „Was for ä Gut werd dann heit die Tante Sette uffhawwe! Die hot der immer Türm uff! Ach, und net so! 's is so all egal, kriegt mer da eine net, schads auch nix. Der Himmel is blau — is der aan fort, is der anner do! Um den Beert reißt mer sich auch da Kopp net ab.“

Eine halbe Stunde später lagen sie alle um den Kaffeetisch in der Kajüte der „Maria Hendrina von Goch“. Die Tante Sette erzählte und lachte. Ihren blauen Samthut mit vielen Federn hatte sie sorgfältig auf Hendrinas Bett gelegt.

„Du brauchst net zu lache, Hildegard, immer mit Schappo.“ hatte sie gutmütig gesagt. „Mes, wie's for ein bast. Wie ich eio al, war wie du, do brauchst ich auch bei blaue Samthut mit Federdruff! Do hot mich noch die Jugend gebucht! Immer wann mer ercht in die Jahre kimmt, do mußt mer jemer! Was dazu due.“

„Sag ens, Sett“, geht du noch vielleicht auf die Mannseut- tagg mit Federhüt?“ fragte der alte van Endert fröhlich

Sie sah ihn lachend an. „Wegger dich net, Schwager, do kriegt de Gull ins Blut! Du hochst so schunn immer mit dem Geblüt zu dun gehott, schon wie mein Schwester jelig noch gelebt hat. Ich mach mich schon wegen mit wer, net wege de Mannseut. Mannseut sin doch nur halwe Menschen.“

Hildegard plachte laut los. „Dobruß hamwe ich nor gewart“, Tante Sette!

Tante Sette nickte. „Jo, so ä jung Blut! Des meint, ohne Mannseut ging's net uff der Welt. Eigentlich geht's so auch net ohne se. Immer so nebia, wie du der denkst, sind se net. Du bistst der in, es gab ja Glück un' sei Seligkeit ohne die! Wart's mol ab, jehn, fufsch Jahr, do is schon annerlich.“

Sie warf einen scharfen Blick nach Hendrina hinüber. „Meinst du auch, 's gab sei Seligkeit uff der Welt ohne die Mannseut?“

Hendrina kühlte, wie sie rot wurde. Ihr Vater nahm ihr das Wort vom Munde. „Hab dich nicht elo, Sett! Räsouner net über die Mannseut. Elo schlecht, wie du se machst, sind se nicht! Und elo gut wie die Weibseut, sind se noch immer. Dich ärgert ett ja, loh, daß du keinen mitgefrieht hast.“

Tante Sette lachte: „Meinst du, Schwager? Was du net all weißt! Wie dat's dir denn basse, wenn ich heit noch einen nähm?“

Der alte van Endert audte zusammen. Dann lachte er grimmig: „Frauensleut kann mer als alle Dummsheiten zutrauen. Ich dat mich gar nicht wubdern.“

„Answer ärgere dat's dich?“

„Ärgern? Du kanns machen, was will's, du bis als ziemlich lang großjährig.“

Hildegard klatschte in die Hände: „O jeh! O jeh! Die Tante Sette heirt sicher noch emol. Neulich in Mäna, da hamwe ich fe nefehe mit'n Gwallier! Mit'n ganz keine! Ne großmächtige Schmore's hot er gehott und ganz verflirte Mäge. Immer nu misse mer offstehe, wann mer noch bei Dag awers Eis wolle. Sunsch werd's dunkel.“

VI.  
Als sie an die Uebergangsstelle kamen, trafen sie mit Georg Werner und ein paar andern jungen Leuten zusammen. Der Amerikaner war gleich wieder an Hendrinas Seite. Er ging neben ihr über das Eis, er sah neben ihr beim Drosselmirt. Mit klugen Augen sah Tante Sette allem zu. Es war wieder voll im Drosselmirtshaus, laut und lustig, und es war schon ziemlich im Drosselmirtshaus. Georg Werner führte Hendrina, Hildegard hing sich in Beerts Arm ein. Aber Tante Sette schob sie weg. „Der Beert is heut awend mei Gwallier. Gud du der annere.“

das freie Spiel der Kräfte, das nur verantwortungslosen Spekulantengewinn verspricht. Der kleine Hausbesitzer würde durch hemmungslose Wirtschaft im Grundstücksmarkt in kurzer Zeit viel mehr geschädigt als er auszublickenden Nutzen hätte. Die maßlose Steigerung der Mieten brächte eine so ungeheure Verteuerung des Lebensnotwendigen mit sich, daß der einfache Hausbesitzer es genau so wie der Mieter fühlen würde. Deshalb liegt es im Interesse gerade des kleinen Hausbesitzers, daß der Spekulation auf die Not der Mieter ein Riegel angelegt wird.

Gegen die ebendamals tätigen Vertrauensmänner wird ein Vorwurf erhoben, wie er schwerer und haltloser gar nicht ausgesprochen werden kann. Der eben wörtlich wiedergegebene Absatz über den Zusammenbruch der Hauseigner für die Bürgerschaftswahl kennzeichnet in der Tat nichts anderes als Sonderpolitik und politische Charakterlosigkeit. Sozialdemokratischen Königen sich mit dieser Stellungnahme unwillig einverstanden erklären, heißt wenn der Einsender dieses besonders hervorheben zu müssen glaubt.

Am übrigen ist es eine längst bekannte Tatsache, daß im Neuen Haus- und Grundeigentümerverein treibende Kräfte am Werke sind, sich dem Bürgerbund mit Haut und Haaren zu verschreiben. Der Vorsitzende ist ein Hauptmatador des Bürgerbundes. Die eigentlich treibenden Kräfte sind, wie wir bestimmt wissen, ganz reaktionäre Kreise, deren Chief erstimmen die Locktüne ausüben. Und mit solchen Leuten sollten Sozialdemokraten einen Bruderkuß austauschen?

### Geschäftsergebnisse des Hochofenwerks.

Dem Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft Hochofenwerk über das Geschäftsjahr 1919 bis 1920 entnehmen wir folgenden: Der Betrieb der Hochöfen litt dauernd unter dem Mangel an Brennstoffen. Auch in den übrigen Abteilungen konnte nur mit Einschränkungen gearbeitet werden. Die dauernde Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse führte zu fast ununterbrochenen Lohnbewegungen. Wir dürfen aber hoffen, daß das Bestreben der Abnehmer und Arbeiter, ihr Einkommen der Teuerung anzupassen, eine von der früher manchmal kümmerlichen Kampfweise abweichende Norm annimmt, und der gesunde Sinn unserer Werkangehörigen den Wert des so dringend erforderlichen Arbeitslohnes schätzen lernt. Um die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu steigern, haben wir uns entschlossen, für die Weiterverarbeitung eines Teiles der Produkte Maschinen zu errichten und Mittel für die weitere Ausrüstung von Arbeiterbereitschaften. Zur Durchführung dieser Aufgaben hat die am 16. Oktober 1920 abgehaltene außerordentliche Generalversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre um 8.500.000 Mk. auf 17.600.000 Mk. zu erhöhen. Die neuen Aktien nehmen am Gewinn ab 1. Juli 1920 teil. Um der Rentabilität einer ihrer Leistungsfähigkeit entbehrenden Abteil. zu beseitigen, haben wir ein Unternehmen mit der Portland-Zementfabrik vorm. Henn. Gebr. in Lindeburg dahin getroffen, daß wir auf mehrere Jahre das Gesamtunternehmen gepachtet haben. Es sind im Berichtsjahre 18 Arbeiterwohnungen und 1 Beamtenwohnhaus neu gebaut worden. Das Miete-Konto weist einen Verlust von 136.000 Mk. auf. Die Rücklage auf dem Aktienanlagens-Konto erzielten sich auf folgende Voraussetzungen: Ausbau und Erweiterung der mechanischen und elektrischen Werkstätte, Erweiterung des Technischen Büros und der Feuerstätte, Neubau einer Säure-Rezeptionsanlage, eines Laminierers sowie Neubeschaffung eines fahrbaren Dampftranes. Von dem Betriebsergebnis anderer Unternehmen sind normen für die Instandhaltung und Erneuerung der Werksanlagen 10.000.000 Mk. und für die Wohnungsbauarbeiten für Personalarbeiter 3.000.000 Mk. abgesetzt worden. Diese Summen entfielen kaum der Verwertung aller Kosten und dem heutigen Abnutzungsstand der Werksanlagen. Nach Absetzung dieser Summen verbleiben 8.012.931 Mk.

Nach Abzug des Verlustes und der Unkosten verbleibt die Summe von 8.478.233 Mk. Davon wurden an Abschreibungen 2.278.284 Mk. vorgenommen, so daß sich der Reingewinn auf 4.098.023 Mk. beläuft. Die Verteilung wird wie folgt vorgeschlagen: Zum Dividende-Konto 1.000.000 Mk., Zuzahlung an die Rückstellungen der Beamten: 500.000 Mk., Arbeiter-Unterstützungskasse: 250.000 Mk., Beamten-Unterstützungskasse: 150.000 Mk., zur Verrechnung des Vorjahres der Lohnfortzahlung: 200.000 Mk., 20 Prozent Dividende: 1.700.000 Mk. Vortrag auf neue Rechnung: 198.023 Mk. Der Gesamtergebniswert unterer Ertragsklasse einschließlich der Abschreibungskonten beträgt: 197.181.478 Mk. gegen 88.905.419 Mk. im Vorjahre. — Die Durchschnittslohn der Beschäftigten Arbeiter betrug 1388 mit einer Lohnsumme von 13.018.428 Mk. Im Vorjahre betrug bei 1358 Arbeitern der Lohn 5.047.282 Mk.

Dieser Bericht ist in mehr als einer Hinsicht interessant. Man hat mit einem Einkommen von 8 1/2 Millionen einen Betriebsergebnis von über 21 Millionen erzielt. Davon sind allerdings fast 10 Millionen für Instandhaltung und Erneuerung der Werksanlagen ausgemerzt worden. 3 Millionen hat man für Wohnbauten bereits gestellt. Wenn diese Summen, wie es in der Tabelle ist, kaum dem Abnutzungsstand der Werksanlagen ent-

sprechen soll, so muß nach unserem Dafürhalten eine sehr starke Abnutzung vorliegen, denn mit diesen Summen läßt sich trotz aller hohen Preise gewiß schon etwas anfangen. Beachtenswert sind ferner die hohen Abschreibungen und Rücklagen. Zunächst werden von den verbleibenden 8 012 931 Mk. rund 1 1/2 Millionen Mk. als Verlust und Unkosten in Abzug gebracht und weiter eine Abschreibung von 2 278 208 Mk. vorgenommen. Damit ist der Reingewinn auf 4 098 023 Mk. herabgedrückt. Er beträgt aber immer noch fast die Hälfte des gesamten Betriebskapitals oder rund 35 Prozent der Höhe von 1388 Arbeitern. Von diesem Reingewinn von 4 098 023 Mk. haben die Aktionäre aber nur 1 700 000 Mk. erhalten (20 Prozent Dividende). Die Dividende würde viel höher gewesen sein, wenn man nicht eine weitere Million der Rücklagen-Konto II überwiesen hätte. Der Ruhestand der Beamten ist eine halbe Million zugeflossen. Wenn man solche Leistungen einbezieht, ist es allerdings nicht schwer, auch der Unternehmungskasse der Arbeiter und Beamten namhafte Summen zuzuführen. Doch scheint es, als ob man hier nicht mehr mit ganz so vollen Händen gegeben hat, denn die Ueberweisung für beide Klassen beträgt nur eine halbe Million, ist also nicht höher als die Summe, welche in die Rückstellungen-Kasse der Beamten fließt. Die Aktionäre liegen gegenüber dem Vorjahre um mehr als das Doppelte; der Wert der Produktion aber um rund das Fünffache.

Sehr interessant ist folgende Auslassung in dem Geschäftsbericht: „Namentlich in der Eisenindustrie in den letzten Monaten nicht unwesentliche Preiserhöhungen durchgeführt wurden, so hat dieser allseitig ersichtliche Preisrückbau bisher wenig Nachahmung gefunden. Die Erkenntnis, daß die Rohstoffverbände hier voranziehen müssen, kann nur erfolgreich vertreten werden, wenn auch die überliche Wirtschaftsweise sich die so dringend notwendige Maßnahme auferlegen.“ — Na, das ist es: Diese „dringend notwendige Maßnahme“ will sich niemand auferlegen. Auf den Preisrückbau will keiner verzichten. Einer schiebt die Schuld auf der fortgesetzten Preissteigerung auf den andern. Niemand will vorangehen. Und so treiben wir immer mehr dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegen. Auf der einen Seite häufen sich Millionen auf Millionen, und auf der andern muß die große Masse des Volkes darben und im Elend dahin leben, weil es bei den unerschämten Preisen sich die dringend nötigen Waren nicht kaufen kann. Daß ein Preisrückbau möglich ist, beweist neben vielen anderen Verträgen auch der Geschäftsbericht des Hochofenwerks. Gemäß: Arbeit kann uns retten. Aber Arbeit kann uns nur retten, wenn der Ertrag der Arbeit nicht einigen wenigen, sondern dem ganzen Volke zugute kommt. Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands kann nur erfolgen, wenn dieser ungeheuren Gewinn- und Profitsucht ein Ende bereitet wird.

Die Arbeitsmarktlage im Monat Oktober zeigte zu Anfang des Monats eine gewisse Besserung an Stellungsuchenden gegenüber dem Vormonat. Gegen Ende des Monats trat jedoch eine merkliche Besserung ein. Im Laufe des ganzen Monats meldeten sich auf dem hiesigen Arbeitsnachweis 3141 Personen, welche eine Stellung suchten. Diese Zahl ist nicht etwa mit der der unterrichteten Erwerbslosen identisch, sondern von diesen sich meldenden Erwerbslosen kommt eine erhebliche Zahl bald in Arbeit, sobald nur ungenügend der fünfte bis sechste Teil von diesen Erwerbslosenunterstützung bezieht. Demgegenüber wurden dem Arbeitsnachweis 1365 offene Stellen angezeigt, von denen es gelang 1150 zu besetzen. In der Land- und Wirtschaft meldeten sich 260 Arbeitslose, während von 107 offenen Stellen 101 besetzt werden konnten. Nach wie vor blieb ein Mangel an jungen Knaben bestehen, während verheiratete Arbeiter mit Familien nicht unterzubringen waren. Im Metallgewerbe meldeten sich 511 Erwerbslose. Von 331 offenen Stellen wurden 228 besetzt. Die Nachfrage nach einigen Spezialberufen, vor allem in der Schiffbauindustrie war so groß, daß nicht alle offenen Stellen durch hiesige Erwerbslose besetzt werden konnten. Im Holzgewerbe bleibt die Arbeitsmarktlage nach wie vor schlecht. Von den 85 sich meldenden Holzarbeitern konnten nur 18 vermittelt werden. Ebenso ungenügend gestaltete sich die Lage im Handlungsmittelgewerbe; von 71 Stellungsuchenden dieses Gewerbes konnten 16 untergebracht werden. Das Baugewerbe war am beständigsten, doch trat in der letzten Woche des Berichtsmontats durch das plötzlich eintretende Frostwetter eine Verschlechterung ein. Von 183 sich meldenden Erwerbslosen konnten 130 in Arbeit gebracht werden. Im Handelsgewerbe war immer noch keine erhebliche Besserung zu spüren. Vor allem gelang es noch nicht, für die älteren Bewerber Beschäftigung zu verschaffen. Unbefriedigt ist auch die Arbeitsmarktlage für die hauswirtschaftlichen und ungelerten Arbeiter. Die Zahl dieser beträgt zusammen 1536. Dieser erheblichen Zahl stehen nur 498 offene Stellen gegenüber, von denen 458 durch Vermittelung des Arbeitsnachweises besetzt wurden. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt zeigt sich im allgemeinen eine Besserung gegenüber dem Vormonat. In Stenografinnen und Hausangestellten war nach wie vor Mangel vorhanden.

Wasser mit Weihnachtsbäumen. Aus dem Rheinland und dem Schwarzwald wird berichtet, daß die Weihnachtsbäume in diesem Jahre 20 bis 25 Mark das Stück auf dem Markt seien werden. Seltensich erteilen die Behörden rechtzeitig ein, um den Bürgern nicht schon vorher die Freude am Weihnachtsfest genommen wird.

### Arbeiterbewegung.

Eine neue Tarifbewegung in der Holzindustrie. Der Reichstaxiertarif für das deutsche Holzgewerbe, der am 3. Februar 1920 abgeschlossen wurde, gilt bis zum 15. Februar 1921 und läuft ein Jahr weiter, wenn er nicht bis zum 15. November 1920 geändert wurde. Um sich über die zu erziehenden Maßnahmen zu verständigen, hatte der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes auf den 6. November eine Konferenz einberufen, an welcher außer den Gewerkschaften die Vertreter von mehr als 150 Vertragsarten teilnahmen. Die Konferenz kam zu dem Entschluß, von einer Kündigung des Vertrages abzustehen und zu nehmen, aber vollständig an die Unternehmer wegen sofortiger Gewährung einer Lohnerhöhung von 20 Prozent heranzutreten.

### Reich und Ausland.

Ein Millionenchwandler verhaftet. Aus Berlin war dieser Tage ein Mann verschwunden, der dort „Geschäfte“ gemacht hat, die an die hundert Millionen Mark heranreichen. Er trat in Berlin als „Graf Sternberg“ auf und wußte sich den Schein einer geheimnisvollen Persönlichkeit zu geben. Man erzählte von ihm, daß er bisweilen das Bild der Kaiserin Elisabeth aus der Tasche zog und es inbrünstig küßte und dabei „Mutter!“ ausrief. Die Zeit wählte er so, daß man glauben mußte, er wöhne sich unbeschadet. Daß er aber beobachtet sei, wußte er immer ganz gut. Dadurch rief er das Gerücht hervor, daß er ein illegitimer Sohn des kaiserlichen Hofes sei. Er machte Einkäufe im größten Stille; sie beliefen sich auf etwa hundert Millionen Mark. Am Anfang hat er nie geleistet, dafür aber immer die beträchtlichsten Summen und Vermittlungsgebühren gezahlt. Mit dieser offenbar rechtlichen Geschäftstätigkeit hat er den Ruf eines zahlungsunfähigen Kesslers zu geben gemacht. Er soll auch wiederholt Naturalienversuche unternommen, die aber eben so oft wieder selbst dadurch verfehlt haben, daß er bekanntlich, er komme aus der Familie Schwabers. Der Schwabers hat überall Glauben und mußte nach einem Rechtsanwaltschaft zu bestimmen, sich nur der Verwaltung seines angeblichen großen Vermögens zu widmen. Der Mann war dann plötzlich aus Berlin verschwunden und es wurde fest-

gestellt, daß er bereits verhaftet ist und daß ein Gefängniskollege von ihm die Rolle seines Kammerdieners spielte. Der angegebliche Dr. Kornfeld ist am Freitag von Kriminalbeamten im „Hotel Bristol“ in Wien verhaftet worden. Er ist kein Doktor. Ehemals war er Buchhalter. Einmal sah er schon fünf, ein anderesmal sechs Jahre im Kerker. Bei seiner Verhaftung belag er kostbaren Brillantschmuck und 105 000 Kronen in österreichischer und in Markwährung. Er behauptet, daß er in Berliner Banken derzeit Einlagen von siebzig Millionen habe. Das Geld will er im letzten Jahre „verdient“ haben.

Schwerer Bergwerksunfall. Dienstag nachmittag 6 Uhr riß auf Schacht II in der Zeche „Westfalen“ in Ahlen in Westfalen das Förderseil. Beide Körbe stürzten in den Grund. Fünfzehn Mann sind tot.

Verurteilte Postämter. Dienstag brangen, wie aus Dortmund gemeldet wird, zwei maskierte Personen in das Postamt Dortmund ein und raubten über 107 000 Mk. Tags zuvor raubten ebenfalls zwei maskierte Personen aus dem Postamt in Ueckendorf bei Gelsenkirchen 158 000 Mk.

Bei dem Großfeuer in Astenburg wurden 8 Wohnhäuser, 8 Scheunen und 18 große Nebengebäude mit den Viehställen vernichtet. Nur einige Schweine konnten aus den Ställen gerettet werden. Alles Großvieh und die bedeutenden Ernteevorräte an Getreide, Stroh und Kartoffeln sind verbrannt. Bedauernde Mengen Nahrungsmittel sind dem Feuer zum Opfer gefallen.

Durch Fußtritte getötet. Der Ueberfall auf einen Arbeitswilligen durch einen bisher noch unbekanntem Mann beschäftigt die Kriminalpolizei in Berlin. In der Nacht zum Donnerstag v. W. erhielt der Lokomotivführer Emil Hoffmann, der bei den Borlig-Werken beschäftigt war, auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle von einem Unbekannten, der ihn in der Dunkelheit überfiel, einen so heftigen Fußtritt gegen den Unterleib, daß er an den Folgen dieser Verletzung gestorben ist. Das Borlig-Werk hat auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 10 000 Mk. ausgesetzt.

Bank in einem Kino. Die „Daily Mail“ gemeldet wird, brach in einem Kintheater in Newyork eine Bank aus. Fünf Kinder wurden getötet und zwanzig verletzt.

Durch Schlange gebissen. Sollen nach einer Meldung der „Times“ in Indien im vergangenen Jahre über 20 000 Personen getötet worden sein.

### Historische Worte.

Professor Georg Brandes veröffentlicht in der „Allgemeinen Zeitung“ einen sehr interessanten Aufsatz über die sogenannten historischen Worte. Er weist darin nach, daß diese Worte in 99 von 100 Fällen von den Persönlichkeiten, denen sie zugeschrieben werden, niemals gesprochen, sondern ihnen erst lange nach ihrem Tode angehängt sind.

So tauchen die berühmten Worte Heinrichs IV. von Frankreich: „Ich will, daß jeder Bauer in Frankreich Sonntags sein Schuh in Topf hat“, erst 71 Jahre nach seinem Tode auf. So ist der angebliche Ausspruch Ludwigs XIV.: „Der Staat bin ich“ dokumentarisch überhaupt nicht zu belegen und findet sich auch nicht in Voltaires „Jahrbuch Ludwigs XIV.“, das dieser nach frischer mündlicher Ueberlieferung geschrieben hat.

In Caesars Büchern „Vom Bürgerkrieg“, wo es zu finden sein müßte, wenn es wirklich gesprochen wäre, steht weder das Wort: „Die Würfel sind gefallen“, noch wird dort der Rubicon überhaupt erwähnt. Erst Plutarch, der etwa 130 Jahre nach Beginn des Bürgerkriegs schrieb, weiß das angebliche Caesar-Wort zu berichten.

„Und sie bewegt sich doch!“ hat Galilei, dem es zugeschrieben wird, in Wirklichkeit niemals gesagt. Vielmehr hat es 1761 also 128 Jahre nach Galileis Abtritt — ein Abbe Tranché in Paris zuerst gebraucht.

Ugel Drenstjerna soll seinem Sohn geschrieben haben: „Du weißt nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“ Brandes hat sich ähnliche — lateinische, schwedische und anderssprachige — Briefe Drenstjernas aus der Kopenhagener Staatsbibliothek kommen lassen. Der Satz steht in keinem von ihnen. Brandes will gefunden haben, daß Papst Sixtus III. die Worte zwar nicht geschrieben, sondern einem portugiesischen Mönch gesagt haben soll. Aber ob das nun gewiß ist?

Der Satz „Der Zweck heiligt die Mittel“ hat sich bis jetzt in keiner Schrift eines Jesuiten auffinden lassen, obwohl die Jesuiten eine hohe Geldbelohnung für denjenigen ausgeschrieben haben, der ihn nachweist. Er geht auf den Jesuitenfeind Pascal zurück, aber auch dieser hat ihn nicht in einer Jesuiten-Schrift finden können, sondern legt nur selbst in den „Provinciales“ einem Jesuiten den Satz in den Mund: „Wir verbessern die Schlechtigkeit des Mittels durch die Reinheit des Zieles“.

Und Cambronne hat bei Waterloo nicht gesagt: „Die Garde stirbt, doch sie ergibt sich nicht“, sondern kurz und soldatisch: „Merde!“ Zu deutsch etwa: „Ihr könnt mich alle ...“

### Devisen-Kurse.

Hamburg, 16. November.			
Ämtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
	16. Nov.	15. Nov.	
Holland	100 fl.	2352 1/2	2542 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	1050	1117 1/2
Stockholm	100 Kr.	1477 1/2	1602
Kristiania	100 Kr.	1042 1/2	1122 1/2
Helsingfors	100 finn. Mk.	177 1/2	185
Schweden	100 Kr.	1172 1/2	1307 1/2
Wien (alt)	100 S.	—	—
do. (neu)	100 S.	24	24
Budapest	100 S.	15 1/2	—
Brag	100 R.	87	88
Spanien	100 Pesetas	962 1/2	987 1/2
London	1 £	264 1/2	287 1/2
Paris	100 Frs.	467	497
Belgien	100 Frs.	440	582
Italien	100 Lire	280	300
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausg. 1 Doll.		75 1/2	85 1/2
do. briefl. Ausg. ob. Scheid.		78 1/2	85 1/2

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Std.
Angekommen am 16. November.							
D.		Bürgermeister					
		Eichenburg	Andersen	Narhus			20
Angekommen am 17. November.							
D.		Lübeck	Lundin	Kopenhagen			18
Angekommen am 18. November.							
D.		Ludm. Rollberg	Jacobson	Wiborg			5
D.		Nordenham	Schumacher	Gurhaven			2
D.		Hjelm	Rasmussen	Kopenhagen			1



**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen, Warzen  
beseitigt schnell, sicher, schmerzlos.  
**Kukirol 1000000** fach bewährt!  
Preis 3 in Apotheken und Drogerien erhältlich